

Besprechungen

Georges Burdeau: Einführung in die politische Wissenschaft. (Politika, Abhandlungen und Texte zur politischen Wissenschaft, hrsg. von Wilhelm Hennis und Roman Schnur, Band 12.) Aus dem Französischen übersetzt von Rudolf und Maria Stich. Neuwied u. Berlin 1964. Hermann Luchterhand Verlag GmbH. 502 S.

Als man im Jahre 1954 das juristische Studium in Frankreich reformierte, wurde in den Lehrplan des dritten Studienjahres ein Unterricht über die Methode der politischen Wissenschaft eingegliedert. Diesem Umstand soll das Buch von Burdeau entsprechen, und der Titel der französischen Originalausgabe lautet daher auch „Méthode de la Science Politique“. Die Übersetzer haben den Titel abgeändert, so daß der Leser leicht mit falschen Erwartungen an die Lektüre des Buches herangeht. Burdeau bietet keine Einführung in dem Sinn, daß er eine kurzgefaßte Theorie der politischen Wissenschaft gibt, sondern das Theoretische tritt doch hinter das Methodische zurück. Theoretische Betrachtungen dienen im wesentlichen als Material für methodische Erwägungen. Wenn auch die Methodenlehre im Vordergrund stehen soll, so wird man an den von Burdeau vorgetragenen Theorien nicht kritiklos vorbeigehen können.

Auf eine Einleitung folgen drei Teile; der erste Teil handelt von den geistigen Grundlagen der wissenschaftlichen Erkenntnis des Politischen. Darin ist wohl der wichtigste Abschnitt das zweite Kapitel, in dem die politische Wissenschaft als Synthese aller Sozialwissenschaften betrachtet und geschildert wird. Der zweite Teil des Buches ist der Macht als dem Grundbegriff aller politischen Wissenschaft gewidmet, der dritte beschäftigt sich in vier Kapiteln mit der politischen Dynamik. Hier ist vor allem das dritte Kapitel von den politischen Kräften und das vierte von der politischen Entscheidung hervorzuheben.

Nach Burdeau besitzt die politische Wissenschaft kein Stoffgebiet, das ihr selbst gehört. *Aristoteles* dagegen hatte die politische Wissenschaft als die Grundlage aller Wissenschaften bezeichnet. Mit Recht sagt daher Carl Joachim *Friedrich*, daß die Wissenschaft von der Politik die älteste und zugleich die jüngste aller Wissenschaften vom Menschen ist. Demnach muß die Wissenschaft von der Politik doch ein Stoffgebiet gehabt haben, das ihr selbst gehört hat. Dieses Stoffgebiet ist, wie die Wissenschaft selbst, im Lauf der Entwicklung unter bestimmten geistigen Einflüssen vernachlässigt und nicht beachtet worden. Heute sucht man das Versäumte nachzuholen. Wenn Burdeau

von einer Synthese spricht, die die politische Wissenschaft sein soll, so muß dem zunächst entgegengehalten werden, daß die politische Wissenschaft keineswegs aus der Summe der Erkenntnisse der anderen Sozialwissenschaften besteht, sondern sie fügt die Erkenntnisse der Sozialwissenschaften, der Geschichte, der Philosophie und der Psychologie unter dem Gesichtspunkt des Politischen zu einer neuen geistigen Einheit zusammen. Es entsteht dadurch etwas Neues, das seinen eigenen Gesetzen und seiner eigenen Methode unterliegt. Die Methode aber richtet sich nach dem Gegenstand, der erkannt werden soll. Diesen Gegenstand klarzulegen, ist die Aufgabe einer Methodenlehre. Damit steht man vor der Frage: Was ist das Erfahrungs- und das Erkenntnisobjekt der politischen Wissenschaft? Das Erfahrungsobjekt ist die politische Wirklichkeit, wie sie uns im Staat und der Gesellschaft der Gegenwart gegenübertritt. Das Erkenntnisobjekt ist dann das, was das Verhältnis von Staat und Gesellschaft gestaltet: Ordnung, Organisation, Herrschaft und Legitimität in ihrem Verhältnis zu Staat und Gesellschaft. Das Ringen um die richtige Organisation und um die richtige Ordnung der ganzen Gesellschaft, die Aufrechterhaltung von richtiger Organisation und richtiger Ordnung durch die dazu legitimierte Herrschaft ist das Gebiet des Politischen. Damit hängt die politische Wissenschaft keineswegs in der Luft, sie braucht keineswegs darüber unsicher zu sein, was Gegenstand ihrer Lehre und Forschung ist, wie das Burdeau meint.

Zu den Grundbegriffen der politischen Wissenschaft gehört auch der des Staates als Träger der Herrschaft. Der Staat ist für Burdeau die institutionelle Macht, die objektiv über wechselnden Persönlichkeiten steht. Die Macht ist dadurch zwischen ihrem Träger, dem Staat, und den Regierenden als ausführenden Organen geteilt. „Da der Staat weder mit einer konkreten Realität gleichgesetzt werden kann noch mit einem Territorium, auch nicht mit einer Gemeinschaft oder Macht, so kann er nur das Ergebnis einer geistigen Haltung hinsichtlich des sozialen Phänomens, nämlich der politischen Macht, sein. Er besteht nur, weil er gedacht wird. Gedacht von den Regierenden, die in ihm ihre Macht und Autorität sehen, von der sie Gebrauch machen; gedacht von den Regierten, die in ihm den Sitz der Macht und die Grundlage der Normen erblicken, mit deren Hilfe das Streben nach dem Kollektivwohl vor sich geht. Der Staat ist also eine Idee, ein Begriff.“ So weit Burdeau. Der Staat ist aber keineswegs eine Idee, sondern, wie Hermann Heller es einmal formuliert hat, „eine menschliche Tat-Sache“. Er ist eine reale Einheit, die ständig durch menschliche Akte erneuert und erhalten werden muß. Im Staat als sozialem Gebilde sind die Menschen eingegliedert, und in den Individuen wiederum ist der Staat lebendig. Was Burdeau vom Staat sagt, ist sicher sehr geistreich, aber es ist verschwommen und entspricht nicht der Wirklichkeit. Burdeau, der ein siebenbändiges Werk über politische Wissenschaft verfaßt hat, läßt hier oft die straffe Konzentrierung auf den Gegenstand vermissen und neigt dazu, weit-

schweifig zu werden. Das gilt vor allem für den ersten und zweiten Teil seines Buches.

An seinen Ausführungen im dritten Teil dagegen über die politische Dynamik wird man nicht vorbeigehen können. Sie verdient aufmerksame Beachtung derjenigen, die sich vor allem mit den Problemen der politischen Kräfte und der politischen Entscheidung befassen.

Wilhelm Moritz Frhr. v. Bissing, Berlin

Jakob Barion: Was ist Ideologie? Studie zu Begriff und Problematik.
Bonn 1964. H. Bouvier & Co. 106 S.

Jakob Barion hat sich der dankenswerten Aufgabe gewidmet, die Frage nach Sinn und Wesen der Ideologie erneut und grundsätzlich zu stellen. Die Beantwortung erfolgt in der vorliegenden aufschlußreichen Studie. Im 1. Kapitel bemüht er sich, Klarheit in die Begriffe Idee, Ideal, Ideologie und Utopie zu bringen. Hierbei setzt er sich besonders mit Karl Mannheim und Ernst Bloch auseinander. Im 2. Kapitel kommt der Autor auf die destruktive Wirkung gefühlsbetonter und verallgemeinernder Vorurteile in einer Ideologie zu sprechen. Zitate aus dem Buch von L. Kolakowski „Der Mensch ohne Alternative“ zeigen, wie sehr denkende Menschen in der vom Marxismus beherrschten östlichen Welt bemüht sind, sich von dem administrativen Druck des totalitären Marxismus auf die wissenschaftliche Arbeit zu befreien. Das 3. Kapitel ist der politischen Ideologie, ihrer Begründung und Massenwirkung gewidmet. Der Autor hat recht: „Entideologisierung“ ist zwar zu einem verbreiteten Schlagwort geworden. Nichtsdestoweniger behalten Ideologien eine „lebenspraktische Bedeutung“ (S. 97). Dem Autor ist auch in der Schlußbetrachtung recht zu geben: „Die Tendenz zur Totalität ist aller Ideologie eigen, in ihr liegt auch ihre „Verführungsmacht“ (S. 105). Es ist richtig, Ideologien „vertragen keine rationale Kritik und kennen nur den fremden Irrtum. Ideologie fordert Bekenntnis“ (S. 106). Der geistige Gehalt einer Ideologie kann indessen durch begründete Argumente angegriffen und in seiner Mangelhaftigkeit bloßgestellt werden. Für offenkundige Irrtümer aber wird man schwerlich Bekenner finden.

Das Ideologie-Problem steht nach wie vor im Mittelpunkt der geistigen Auseinandersetzung zwischen West und Ost. Wir begrüßen daher diese knappe, gut lesbare und aufschlußreiche Studie und empfehlen sie allen, die sich von Berufs wegen oder studienhalber mit dem Wesen und der Bedeutung der Ideologie zu befassen haben.

Herbert Schack, Berlin

Otto Neuloh: Die weiße Automation. Die Zukunft der Angestellten-schaft. (Schriften des Instituts für empirische Soziologie in Saarbrücken, Band 1.) Spich Bez. Köln 1966. G. Grote'sche Verlagsbuchhandlung KG. 208 S.

Im vergangenen Jahrzehnt setzte die Automation ihren Siegeszug in einem Bereich fort, der — verglichen mit der Entwicklung im Pro-

duktionssektor — zunächst als untertechnisiert galt, sich jedoch in einem überraschenden Maße als automationsfähig erwies. Die bisher mit Hand und Kopf durchgeführten Arbeiten der nichttechnischen Büroangestellten wurden und werden — dem amerikanischen Beispiel folgend — in einem zunehmenden Maße den sich selbst regelnden und kontrollierenden Datenverarbeitungsanlagen übertragen.

Angesichts dieser „revolutionären“ Entwicklung entsteht die Frage, ob die Angestelltenschaft überhaupt noch eine Zukunft habe und wie sich ihre Rolle innerhalb der Gesellschaft gewandelt hat. Dieser Frage wendet sich Neuloh im vorliegenden Werk zu. Seine Arbeit geht auf Untersuchungen zurück, die die Sozialforschungsstelle unter seiner Leitung 1960 im Auftrage des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung, aber auch auf Grund einer Vereinbarung einer internationalen Arbeitsgemeinschaft soziologischer Forschungsinstitute eingeleitet hatte und die den Einfluß der Einführung automatischer Büromaschinen auf die Angestellten zum Thema haben. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen wurden in zwei Teilen veröffentlicht. Im Jahre 1963 erschien in der Schriftenreihe des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung die Arbeit von U. Jaeggi und H. Wiedemann: „Der Angestellte im automatisierten Büro“. Sie wird in einem Vorwort von Neuloh als vorwiegend mikrosoziologische Arbeit bezeichnet, die dem Wandel der Angestelltenrolle im Betrieb und am Arbeitsplatz nachgehe. Die überwiegend makrosoziologische Fragestellung hatte sich Neuloh für die nun in der Schriftenreihe des Instituts für empirische Soziologie, Saarbrücken, vorliegende Veröffentlichung vorbehalten.

Der Verfasser nimmt in einem Vorwort den Beginn dieser neuen Schriftenreihe zum Anlaß, ein ausführliches Programm zu entwickeln. Die Schriftenreihe habe eine zweifache Aufgabe: Einmal gelte es, Ergebnisse der empirischen Sozialforschung so vorzutragen, daß sie dem Praktiker eine Hilfe zu einer sozialen Ordnung biete, zum anderen möchte Neuloh offensichtlich mit diesen Veröffentlichungen zugleich der soziologischen Forschung in Methode und Zielsetzung eine neue Richtung weisen. Die heutige Soziologie in der Bundesrepublik stehe auf der einen Seite vor der Gefahr, zu „Humanität in Verbindung mit Duselei“ zu entarten, auf der anderen Seite jedoch, sich von der Empirie zurückzuziehen und in den elfenbeinernen Turm der Theorie zu flüchten. Dieser Tendenz, die Neuloh in der Bundesrepublik glaubt feststellen zu können, möchte er mit seinem Forschungsprogramm, das Theorie und Empirie verbindet, entgegenwirken.

Das Buch bringt eine Auseinandersetzung mit der These, die Angestelltenschaft habe keine Tradition und Vergangenheit, sie sei gerade wegen dieser Geschichtslosigkeit ohne sozialen Standort, und durch die weiße Automation sei die Zukunft der Angestelltenschaft in Frage gestellt.

Dem ersten Teil dieser These, also der Behauptung der Geschichtslosigkeit der Angestelltenschaft, müsse man aus mehreren Gründen zustimmen. Die Angestelltenfrage habe die deutsche Öffentlichkeit

erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts mit dem Kampf um die Reichsversicherung für Angestellte zu beschäftigen begonnen. Der Angestellte sei im 19. Jahrhundert kein Faktor gewesen, der in der Größenordnung der damaligen Gesellschaft eine Rolle gespielt habe. Ein weiterer Grund für diese Geschichtslosigkeit sei darin zu sehen, daß die Angestelltenschaft teils zur Arbeitnehmerschaft (Stehkragenproletariat), teils zum Mittelstand hinzugerechnet wurde und diese „Standpunktlosigkeit“ auch selbst geduldet habe. Die Geschichtslosigkeit komme auch darin zum Ausdruck, daß es bis auf den heutigen Tag nicht gelungen sei, einen allgemein gültigen Begriff des Angestellten zu finden.

Die weitere These, daß der Angestellte eben wegen dieser Geschichtslosigkeit keinen sozialen Standort gefunden habe, lehnt Neuloh ab. Man habe bei der Begründung dieser These die Betroffenen selbst vergessen. Die Angestellten hätten sich eben nicht den Arbeitern oder dem Bürgertum angeschlossen. Man habe bei der Beantwortung dieser Frage bisher zu wenig nach dem Bildungsziel, dem Berufs-, Betriebs- und Sicherheitsbewußtsein der Angestellten gefragt. Die Angestelltenschaft besitze im industriellen Sozialsystem in der Tat eigene Wertorientierungen, die allerdings in der Industrialisierung einem sozialen Wandel unterlägen.

Auch die These von der Zukunftslosigkeit der Angestelltenschaft wird von Neuloh bestritten. Zweifellos habe die schnelle Verbreitung der Automation im Büro zu einer „Überraschungssituation“ geführt, auf die weder die leitenden noch die ausführenden Angestellten vorbereitet waren. Alle Verantwortungsgrade seien von der Automation betroffen worden, die Büro- und Verwaltungsorganisation sei total umstrukturiert worden. Fasse man die Folgen der Automation in einer Art Gewinn- und Verlustbilanz zusammen, so erhalte man auf der Verlustseite den Verzicht auf alteingesessene Statussymbole, den Verlust der Verantwortungs- und Leitungsnähe und eine Einengung der Aufstiegsmöglichkeiten. Auf der Gewinnseite stehe jedoch die Tatsache, daß sich der Angestellte nicht mehr wie bisher gegen das Argument wehren muß, seine Arbeit sei unproduktiv; weiterhin werde der einzelne Angestellte unabhängiger, da die fachliche Autorität des Abteilungsleiters durch die Maschine ersetzt werde. Schließlich sei es auch wegen der größeren Transparenz möglich, die Kompetenzen klarer abzugrenzen.

Der Angestellte selbst stehe der Einführung der Büromaschinen insgesamt positiv gegenüber. Im allgemeinen verspreche er sich von der Automation ein besseres Vorwärtskommen und einen größeren sozialen Kontakt. Er befürchte nicht, daß auf lange Sicht die Sicherheit des Arbeitsplatzes bedroht sei, da die Technik immer wieder neue Arbeitsplätze schaffe. Allerdings verspreche sich nur ein geringer Prozentsatz der Angestellten eine größere Selbständigkeit.

Der Rezensent bezweifelt, ob es zweckmäßig war, die Gesamtuntersuchungen in einen mikro- und makrosoziologischen Teil zu gliedern; die Thesen über den von der Automation ausgehenden Struktur- und

Funktionswandel der Angestelltenschaft können nur in Übereinstimmung mit den mikrosoziologischen Untersuchungen formuliert werden. Hier greift der Verfasser in viel zu geringem Maße auf die von ihm selbst geleiteten mikrosoziologischen Untersuchungen von *Jaeggi* und *Wiedemann* zurück. Auch kommen die mikro- und makrosoziologischen Untersuchungen zum Teil zu unterschiedlichen Ergebnissen, so etwa in der Frage der realistischen Bildungsziele, ohne daß diese unterschiedlichen Ergebnisse befriedigend begründet werden.

Gewisse Widersprüche lassen sich auch in den verschiedenen Teilen der makrosoziologischen Untersuchungen feststellen, so etwa in der Frage, ob die Automation die Selbständigkeit der Angestellten erhöhe, eine Frage, die auf Seite 151 eindeutig bejaht wird, jedoch auf Grund der auf Seite 165 ff. genannten Untersuchungen wiederum in Frage gestellt wird. Es bleibt unklar, worauf sich die erstgenannten Ergebnisse stützen.

Wir wollen nicht bezweifeln, daß der Verfasser in dieser Arbeit eine Fülle empirischen Materials erwähnt und auch interessante Hypothesen entwickelt, wir meinen jedoch, daß diese Hypothesen und Tatsachen nicht ausreichen, um bereits ein abgerundetes Bild und eine Theorie über den Funktions- und Strukturwandel der Angestelltenschaft zu vermitteln.

Bernhard Külp, Bochum

Georg Fischer: Volk und Geschichte. Studien und Quellen zur Sozialgeschichte und historischen Volkskunde. Festgabe dem Verfasser zum 65. Geburtstage dargebracht. Kulmbach 1962. (Die Plassenburg, Schriften für Heimatforschung und Kulturpflege in Ostfranken, Band 17.) Freunde der Plassenburg e. V. 395 S.

Die genannte Reihe ist durch einen Band erweitert worden, der ihrem Initiator und Herausgeber gewidmet ist und der aus einem reichen Gelehrtenleben wenigstens einiges von dem, was bereits veröffentlicht wurde, zusammenstellt und nun leichter als bisher zugänglich macht. Der erste Teil des Buches bringt eingangs aus den Mitteldeutschen Blättern für Volkskunde von 1931 einen Aufsatz über Friedrich *Friese* (1668—1721), der von den Brüdern *Grimm* zwar als Sammler volkskundlicher Überlieferung erkannt worden ist, der aber doch zum ersten Male Grundlegendes über Aufgabe und Methode der wissenschaftlichen Volkskunde entwickelte und auch für die sozialgeschichtliche Forschung vielfache Anregungen gab. Es folgen aus dem „Deutschen Handwerk“ (1943) „Handwerk und Handwerkspolitik“ und „Das handwerkliche Brauchtum und seine Bedeutung für Volkskunde und Sozialgeschichte“. Aus den genannten Blättern und dem Grundriß der Sächsischen Volkskunde wurde entnommen „Die Einzeltätigkeiten. Struktur, Weltbild und Lebensform asozialer Gruppen im Gefüge der alten Volksordnung“, und schließlich gibt der letzte Aufsatz, der sich mit der Bedeutung der gesellschaftlichen Gliederung des deutschen Volkes für die Volkskunde beschäftigt, den Anlaß dafür, den Aufruf Adolf *Spamers* zu wiederholen, „die Volkskunde aus den

versteckten Pfaden stiller Forscherliebe zu öffentlicher, führender Verantwortung“ herauszuführen. Eine wertvolle Ergänzung dieses ersten Teiles bieten die im zweiten veröffentlichten Quellen zur Geschichte der Regensburger Bäckergesellen, der Seiler und Steinmetzen, so daß der anregende Band auch hier weit über landesgeschichtliche Forschung hinaus — und mit ihm die gesamte Schriftenreihe „Die Plassenburg“ — an Bedeutung gewinnt.

Eberhard Schmieder, Berlin

Werner Conze (Hrsg.): Staat und Gesellschaft im deutschen Vormärz 1815—1848. Stuttgart 1962. Ernst Klett. 272 S.

Die sieben Beiträge zur deutschen Sozial- und Verfassungsgeschichte des Vormärz, die in der vorliegenden Schrift zusammengefaßt werden, sind aus Referaten und Diskussionen des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte im Jahre 1958/59 hervorgegangen. Drei Beiträge, nämlich die von R. Koselleck „Staat und Gesellschaft in Preußen 1815 bis 1848“, W. Zorn „Gesellschaft und Staat im Bayern des Vormärz“ und W. Fischer „Staat und Gesellschaft Badens im Vormärz“ bilden, sozial- wie auch wirtschaftsgeschichtlich betrachtet, den Kern der Darstellung. Bis zu einem gewissen Grade kann noch die Arbeit von O. Brunner „Staat und Gesellschaft im vormärzlichen Österreich im Spiegel von J. Beidtels Geschichte der österreichischen Staatsverwaltung 1740—1848“ hinzugerechnet werden. Diese vier Arbeiten tragen dazu bei, die Lücke zu füllen, die über die einfachsten Tatsachen und sozialen Zusammenhänge des Vormärz noch immer vorhanden ist. Die Aufnahme des Beitrages von E. Angermann „Zwei Typen des Ausgleichs gesellschaftlicher Interessen durch die Staatsgewalt“ sollte durch die Behandlung der politischen Theorie von L. Stein und R. Mohl zum Ausdruck bringen, „daß die sozialgeschichtliche Forschung der befruchtenden Wechselwirkung von sozialer Praxis und Theorie in der Geschichte bedarf“ (S. 7). Die Schilderung der geistigen Auseinandersetzung Mohls und Steins mit den Problemen des Frühindustrialismus ist sowohl in der Darstellung als auch in der Kritik sehr instruktiv. Der erste Beitrag von Th. Schieder „Partikularismus und nationales Bewußtsein im Denken des Vormärz“, wie auch der letzte, der W. Conzes, des Herausgebers, „Das Spannungsfeld von Staat und Gesellschaft im Vormärz“ sind bestrebt, wie es im Vorwort heißt, „... das Ganze der deutschen Frage im Vormärz anzudeuten, die sich in der Spannung von einzelstaatlichem und gesamt nationalem Bewußtsein sowie von staatlicher Bewahrung und gesellschaftlicher Bewegung oder auch im Zusammenspiel von sozialer Tradition, Emanzipation und Organisation begreifen läßt“.

Wie bei jedem Sammelwerk weisen auch in dem vorliegenden die Beiträge gewisse Unterschiede auf. Von allen kann aber gesagt werden, daß sie dem Leser eine Fülle von Anregungen geben und ihn auf viele, mitunter auch neue Quellen hinweisen, die ein Vertiefen seiner Kenntnisse ermöglichen. Die Lektüre des Buches lohnt sich. Es kann

nicht Aufgabe des Rezensenten sein, auf die einzelnen Beiträge ausführlich einzugehen. Nur einige Gesichtspunkte seien hervorgehoben. *Schieder* weist S. 9 Anm. 1 darauf hin, daß die vorliegende Arbeit sich hinsichtlich des „immensen Quellenbereichs“ höchstens den Stoff abschließende Anregungen als Ziel setzen konnte. Das Datum in der letzten Zeile der genannten Anmerkung ist hier unverständlich und erscheint mit Recht in der Anmerkung 2. Der Fortschritt Deutschlands zum Industriestaat wurde nach *List* durch die Kleinstaaterei verhindert. Das entspricht einer damals mehrfach vertretenen Auffassung, den Pauperismus aus dem Partikularismus abzuleiten.

Brunner stellt einige Probleme des Zeitraumes von 1792—1848 dar an Hand des Buches eines Zeitgenossen, Ignaz *Beidtel*, „Geschichte der Österreichischen Staatsverwaltung von 1740—1848“. Zwar fehlt nach *Beidtel* in Österreich eine Reformzeit wie in Preußen, allein er erkannte nach *Brunner*, daß im Zeitalter des „Stillstandes“, der „Restauration“ auch dort ein tiefgreifender, unter der Oberfläche der staatlichen Institutionen vor sich gehender sozialer Umbildungsprozeß im Gange war. Aus seiner bürokratischen Grundeinstellung heraus vermochte *Beidtel* die bürgerliche Gesellschaft nicht aus ihren eigenen Kräften und Leistungen zu erkennen. Der Beitrag von *Brunner* enthält übrigens einige Druckfehler.

Koselleck weist u. a. darauf hin, daß Preußen 1848 der deutsche Staat war, in dem die Bildung einer vom Staat unabhängigen Wirtschaftsgesellschaft am weitesten gediehen war. Im Beamtentum fielen hier staatsbürgerliche Gesinnung und gesellschaftsbürgerliches Bewußtsein zusammen. Mit Recht schreibt er S. 99, daß die „preußischen Großgrundbesitzer die Vorteile der liberalen Eigentums- und Wirtschaftspolitik ihres Staates mit solchen ständischen Vorrechten, die ihnen auch im Falle wirtschaftlicher Erfolglosigkeit die politische Führung auf dem Lande — und damit weitgehend auch im Staat — sicherten“, vereinigten.

Zorn beginnt seinen Beitrag mit einer Schilderung der bayrischen Gesellschaft um 1815 und zeigt auf, wie von den verschiedenen Gruppen an der ständisch aufgebauten Verfassung gerüttelt wurde, weil sie ihrem sozialen Selbstbewußtsein nicht entsprach. Interessant sind u. a. die Ausführungen, die er über die Wahlverhältnisse bringt. So standen z. B. den 1000 Wählern des Adels, der Geistlichkeit und der Professoren nur 1206 Wähler der ganzen übrigen Masse des Volkes gegenüber (S. 127), die Stadt Pirmasens hatte nur einen einzigen Wahlfähigen (S. 128).

Fischer behandelt wie *Zorn* die soziale Zusammensetzung der Parlamente und der Beamtenschaft und untersucht auch den wirtschaftlichen Strukturwandel. *Fischer* schreibt mit Recht, daß die Frage nach Staat und Gesellschaft in Baden erst zureichend beantwortet werden kann, wenn die Beamtenschaft in Baden untersucht wird, über deren Zusammensetzung, Herkunft, Ausbildung und geistige Welt fast nichts bekannt ist. Trotz der Verfassung ist die Beamtenschaft auch in Baden das tragende Element des Staates und zugleich die führende bürger-

liche Schicht. Viele von ihnen wurden von den badischen Wählern ins Parlament geschickt, wo sie zu Wortführern der Opposition wurden, weil sie ihre Abgeordnetenpflicht höher stellten als ihre Staatsdienerpflicht (S. 146).

Conze gibt, wie bereits bemerkt, einen Gesamtüberblick über das Verhältnis von Staat und Gesellschaft im deutschen Vormärz. Aus einer Fülle treffender Bemerkungen sei nur auf die folgenden hingewiesen. Die Gründe für eine „weitverbreitete Inkongruenz von politischem und wirtschaftlichem Liberalismus im deutschen Vormärz“, so heißt es S. 242, „sind mannigfaltig und bedürften einer besonderen Untersuchung“. Die deutsche Nationalökonomie, „wie sie ... an den Universitäten gelehrt wurde“, war „wenig ergiebig gegenüber dem Problem des Verhältnisses von wirtschaftlicher Entwicklung und sozialer Frage sowie den Aufgaben und Grenzen staatlicher Sozial- und Wirtschaftspolitik“ (S. 265). Conze schließt mit der Ansicht (S. 268), daß das Bündnis zwischen Bismarck und den Nationalliberalen, das zur Reichsgründung führte, „die Aufhebung der Spannung von Staat und Gesellschaft, wenn auch nicht vollständig und nur auf Zeit“, brachte.

Bruno Schultz, Berlin

Wolfram Fischer: Der Staat und die Anfänge der Industrialisierung in Baden 1800—1850. 1. Band: Die Gewerbepolitik. Berlin 1962. Duncker & Humblot. 401 S.

Das Buch geht gründlich und ausführlich dem „Verhältnis des Staates zur wachsenden Industrie“ unter Einschluß der Entwicklung der Gesellschaft nach, d. h. dem „Ansatz zu einer Neugestaltung der Wirtschafts- und Sozialverfassung, sofern er durch die Industrialisierung bedingt ist oder auf sie wirkt“. Wenn Fischer in seiner Untersuchung „die großen Gesichtspunkte mit der Genauigkeit der Detailforschung“ verbindet, dann erweist sich dieser Weg zwar als recht diffizil — z. B. bei der Deutung und auch Ergänzung statistischer Überlieferungen —, aber eben doch als um so erfolgreicher, und das nicht zuletzt deshalb, weil er sich zwei notwendigen Beschränkungen unterwirft, einer geographischen und einer zeitlichen. Es ist der deutsche Mittelstaat Baden gewählt worden, der — wie die Hinweise auf die einschlägige Literatur feststellen — auf das vorliegende Thema hin ebensowenig bearbeitet wurde wie Württemberg und die Pfalz; dagegen liegen über die Verhältnisse in der Schweiz und im Elsaß ausführliche Studien vor. Die zeitliche Begrenzung ergibt sich u. a. daraus, daß Baden während der gewählten Periode aus dem zunächst einheitlichen oberrheinischen Wirtschaftsraum infolge der politischen Neuordnung nach der französischen Revolution heraustrat und dann die Industrialisierung langsam vorankam, daß der Einfluß des Staates auf das Wirtschaftsleben unter den Nachwirkungen des Merkantilismus allmählich zurückging und erst während der fünfziger Jahre eine Gründerwelle einsetzte. Der Konzessionszwang zur Eröffnung einer Fabrik blieb bis 1862 bestehen, erst jetzt wurde die Gewerbefreiheit erteilt.

Die Einleitung beschäftigt sich — vor allem in bezug auf die Zeit vom 18. Jahrhundert ab — zunächst mit Forderungen einerseits der Historiker und anderseits der Nationalökonomien an die Untersuchung bzw. Darstellung der Vergangenheit und mit den verschiedenen Methoden, Wirtschaftsgeschichte zu betreiben. Sie setzt sich, wie es später im Text noch mehrfach geschieht, auch u. a. im Anschluß an Georg *Jahns* grundlegenden Aufsatz „Die Entstehung der Fabrik“ auseinander mit wichtigen Termini, so mit den Begriffen industrielle Revolution, Fabrik, Gewerbe, Industrie, Fabrikindustrie. Dann werden im 1. Kapitel die „Grundrechte und Rechtsgrundlagen der Gewerbepolitik“ erörtert, d. h. u. a. das Konzessionsrecht, das Edikt von 1808, der Übergang von den Privilegierungen und dem Konzessionsrecht zur Gewerbefreiheit, das Gewerberecht der vor allem aus der Schweiz und dem Elsaß stammenden Ausländer und das Patentwesen. Das 2. Kapitel untersucht die Gewerbesteuer und die Zollpolitik sowie die Wirkungen des Anschlusses Badens an den Zollverein (am 1. 1. 1836), der die Vorteile eines großen Marktes brachte und gleichzeitig die Handelsfreiheit einschränkte. Es folgen „Theorie und Praxis“ der vielseitigen Gewerbeförderung; eingeschlossen sind kommunale Industrierwerbungen, entsprechende Vereine und Schulen mit dem Karlsruher Polytechnikum sowie Ausstellungen. Das 4. Kapitel weist die Industrialisierung während der napoleonischen Zeit u. a. an den Leistungen Richard Brenneisens, Johann Georg Bodmers sowie David Seligmanns nach, und das 5. Kapitel ermittelt „Umfang und Gliederung der badischen Industrie“ während der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts auf Grund der reichen statistischen Quellen. Gerade hier sind außerordentlich wertvolle Erkenntnisse gewonnen worden z. B. über die Erwerbs- und Bevölkerungsstruktur, über die Größe der Betriebe, den Wert der Fabrikate und Rohstoffe, über das Wachstum der Industrie und über den Fortschritt der Mechanisierung. Ein letztes Kapitel deckt die Einflüsse der Industrialisierung auf die soziale Gliederung und außerdem die Anfänge der Gesellschaftspolitik auf. Hier geht es u. a. um die Kinderarbeit, die Arbeitszeit und den Lohn, um die verschiedenen Kranken- und Hilfskassen sowie vor allem um die Fabrikarbeiter, die aus Not in die Fabriken gingen; „aber die Not wäre größer gewesen, hätten sie die Fabrik nicht gehabt“. Auch auf die erste sozialpolitische Rede in einem deutschen Parlament, gehalten von Franz Joseph *Buß* am 25. IV. 1837, wird hingewiesen.

Abschließend darf der Wunsch ausgedrückt werden, bald den zweiten Band studieren zu können, der sich u. a. mit der Entwicklung der Baumwollindustrie und der regionalen Gliederung der badischen Industrie beschäftigen soll, und die Hoffnung auf diese weiteren Untersuchungen ist berechtigt, da Fischer selbst sie in nahe Aussicht stellt.

Eberhard Schmieder, Berlin

Jens Schulthes: Die Höhe der Enteignungsentschädigung vom preußischen Enteignungsgesetz bis zum Bundesbaugesetz. (Wissenschaftliche Reihe Folge 17.) Köln 1965. Deutsches Volksheimstättenwerk. 109 S.

Die Arbeit — eine Kölner Dissertation, die aber das Niveau durchschnittlicher Dissertationen bei weitem überragt — stellt dar, wie es dazu gekommen ist, daß die höchstrichterliche Rechtsprechung im Ergebnis sowohl den in der WeimRV zum Ausdruck gekommenen Willen der Nationalversammlung als auch den im Bonner GG mit ausdrücklichem Bewußtsein formulierten Willen des Parlamentarischen Rates vereitelte, indem sie zuerst die „angemessene Entschädigung“ der WeimRV Art. 153, Abs. 2, und später die „gerechte Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten“ des BGG Art. 14, Abs. 3, in die „volle Entschädigung“ des preußischen Enteignungsgesetzes von 1874 zurückverwandelte.

Besonders reizvoll, um nicht zu sagen, aufregend, sind die Ausführungen S. 67 ff. über das Ringen im Parlamentarischen Rat, den ursprünglich gewollten Sinn der „angemessenen Entschädigung“ durchzusetzen. Um es unmöglich zu machen, sie weiterhin mit der „vollen Entschädigung“ des preußischen Enteignungsgesetzes gleichzusetzen, suchte man eine neue sprachliche Fassung, die das unbedingt ausschlosse; man fand sie in der „gerechten Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten“. Nicht weniger als neunmal stellten FDP und DP Anträge, es bei der Fassung der WeimRV „angemessene Entschädigung“ zu belassen; in einem Antrag der DP heißt es zuletzt noch, die Enteignung habe „gegen angemessene Entschädigung zu erfolgen, soweit nicht das Gesetz in Fällen dringenden öffentlichen Bedarfs bestimme, daß die Entschädigung unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu erfolgen hat“. Deutlicher kann man es nicht machen, daß man sich des Unterschieds bewußt war zwischen dem, was dormalen unter „angemessener Entschädigung“ verstanden wurde, und dem, was die neue Fassung mit der „gerechten Abwägung“ besagte, aber auch, was die Antragsteller bezweckten, wenn sie die „gerechte Abwägung“ nicht zur Regel werden, sondern höchstens als Ausnahme zulassen wollten. Und die Mehrheit des Parlamentarischen Rates wußte, was sie tat, als sie auch diesen Antrag ablehnte und die „gerechte Abwägung“ zur ausnahmslosen Regel erhob (so jetzt BGG Art. 14, Abs. 3). Leider nur war sie nicht in der Lage, diesen „unbestimmten Rechtsbegriff“ auch nur einigermaßen zu verdeutlichen und damit der Rechtsprechung einen Auslegungsbehelf an die Hand zu geben. Befremdlicherweise gehen die Auslegungswerke (ausgenommen der Vorkämpfer eines fortschrittlichen Bodenrechts E. Knoll sowie Abraham im Bonner Kommentar) über diese Entstehungsgeschichte kurzerhand hinweg und folgen Giese, der die Vorschrift von Art. 14, Abs. 3 BGG im Sinne der herrschenden Auslegung von Art. 153, Abs. 2 WeimRV verstanden wissen will.

Man könnte sich versucht fühlen, gegen Rechtsprechung und Rechtswissenschaft den Vorwurf bewußter Mißachtung der Verfassung bzw. des Grundgesetzes zu erheben, doch täte man ihr damit Unrecht. Schon die WeimRV mit ihrer „angemessenen Entschädigung“, erst recht aber das BGG mit seiner „gerechten Abwägung“ stellt der Rechtsprechung eine Aufgabe, die ohne nähere Anweisungen nicht zu lösen ist. Dazu aber kommt, daß auch die Wirtschaftswissenschaft der Rechtsprechung keine Hilfe bietet. Die Probleme der Bodenbewertung und Bodenpreisbildung werden von ihr äußerst stiefmütterlich behandelt; so wird die Rechtsprechung auch von der fachlich zuständigen Wissenschaft, bei der sie sich Rat holen könnte, im Stich gelassen. Bei dieser Sachlage wäre es wirklich ungerecht, ihr Vorwürfe zu machen. Um so dringender aber tut not, daß die Wirtschaftswissenschaft ihr Versäumnis aufholt und den Vorgängen namentlich am Baubodenmarkt ihre volle Aufmerksamkeit zuwendet. Daß die Gerichte Erwartungswerte ohne viel Umstände als Gegenwartswerte gelten lassen, ist kein Rechtsirrtum; sie folgen damit nur dem in Interessentenkreisen allgemein herrschenden (Wunsch-)Denken und können kaum anders verfahren, solange die Wirtschaftswissenschaft nicht durch eine gründliche Analyse dessen Unhaltbarkeit überzeugend dartut.

Oswald v. Nell-Breuning S. J., Frankfurt

C. F. Christ u. a.: *Measurement in Economics: Studies in Mathematical Economics and Econometrics in Memory of Yehuda Grunfeld*. Stanford 1963. Stanford University Press. 319 S.

Der dem Andenken des im Alter von 30 Jahren 1960 verstorbenen bedeutenden israelischen Nationalökonomen Yehuda Grunfeld gewidmete Sammelband enthält zwölf Beiträge zu Gebieten, auf denen Grunfeld schon erfolgreich und vielversprechend gearbeitet hatte: Theorie und Messung des Konsums, der Produktion und der monetären Phänomene sowie die Weiterentwicklung der ökonomischen Methodologie.

Im ersten Teil des Bandes greifen zwei Autoren die kontroversen Fragen auf, die sich im Anschluß an die Veröffentlichung von M. Friedmans „Theory of the Consumption Function“ ergeben hatten. Im ersten Aufsatz setzt sich Friedman selbst mit seiner „permanenten“ Einkommenshypothese und speziell mit dem umstrittenen „Horizont“-Konzept auseinander. Friedman gesteht in diesem Zusammenhang einige unklare Formulierungen ein und bemüht sich um Klärung, so daß sein Beitrag als „improved formulation“ aufzufassen ist. Friedman hatte seine „permanente Einkommenshypothese“ bekanntlich auf — wie er glaubte — empirisch gehaltvolle Hypothesen gestützt, von denen eine die Spezifizierung einer linear-homogenen Beziehung zwischen dem erwarteten Einkommen und dem realen Konsum betraf. Die Größe dieser Erwartungsvariablen hängt nach Friedman von dem „Horizont“ der Konsumenten ab, worunter die Zeitspanne zu verstehen ist, in der nur vorübergehende Einkommenseffekte wirksam

sind. Die empirische Fixierung des „permanenten“ Einkommens bereitet nun erhebliche Schwierigkeiten, und die Abweichungen der geschätzten von den beobachteten Einkommenswerten erfordern subtile begriffliche Interpretationen. Die in der Literatur so umstrittene Annahme, daß zwischen permanenten und transitorischen Einkommenskomponenten kein Zusammenhang besteht, wird dabei weiter aufrechterhalten. Wenngleich es Friedman in seinem Aufsatz nicht völlig gelingt, die Unstimmigkeiten in seinen theoretischen Konzepten zu beseitigen, so legt er damit doch eine wertvolle Ergänzung zu der ebenso brillanten wie schwer verständlichen „Theory of the Consumption Function“ vor, über die man bei dem Studium der neueren Entwicklung der Diskussion um die Kompatibilität der zyklischen und säkularen Konsumfunktionen nicht hinweggehen sollte.

Auch der Beitrag von N. Leviatan ist in diesem Zusammenhang von größtem Interesse. Leviatan berichtet über „Tests of the Permanent-Income-Hypothesis Based on a Reinterview Savings Survey“. Ausgehend von dem von Friedman selbst vorgeschlagenen Test, entwickelt Leviatan ein neues Testschema, das auf der Reinterview-Technik beruht. Israelische Daten für 1958/59 zeigen, daß bei Anwendung des „neuen, direkten“ Tests, die „Permanent-Income-Hypothesis“ zurückgewiesen werden muß. Die Konsumelastizität ist danach stets kleiner als eins, also kleiner als der Wert, den die „permanente Einkommenshypothese“ impliziert. Dem anregenden Beitrag folgt eine Erwiderung von Friedman, worauf Leviatan abschließend eingeht.

Im dritten Artikel der ersten Gruppe befaßt sich J. Mincer mit „Market Prices, Opportunity Costs and Income Effects“, ein bedeutender Beitrag zur Theorie der Nachfragefunktionen. Mincer weist nach, daß sich bei der üblichen Parameterschätzung systematische Fehler durch die Verwendung verzerrter Preisvariabler ergeben, da die beobachteten Marktpreise keine genügende Information über die theoretisch relevanten opportunity costs liefern. Mincer vertritt die Auffassung, daß die übliche Vernachlässigung der Preisvariablen bei Querschnittsanalysen zur Fehlinterpretation der Einkommenseffekte führt. An Hand einer Reihe von Beispielen, die die Nachfrage nach Transportleistungen, das Arbeitsangebot und den Effekt der Kosten von Informationsgewinnung auf Preis- und Einkommenselastizitäten betreffen, wird die Leistungsfähigkeit des „opportunity-costs-approach“ unter Beweis gestellt.

Die erste Gruppe von Aufsätzen schließt mit einer Arbeit von Don Patinkin über „Demand Curves and Consumer's Surplus“, worin sich Vorschläge finden, wie der Konsumentenmehrwert „richtig“ zu messen sei; ein begrüßenswerter Versuch, den Marshall'schen Begriff operational zu definieren.

Den zweiten Teil des Bandes eröffnet Z. Griliches mit einer Betrachtung über „Capital Stock in Investment Functions“. Der Autor betrachtet hier mit Sorgfalt die verschiedenen Kapitalbegriffe und die Rolle des Kapitalstocks bei der Erklärung des Investitionsverhaltens und wendet sich dann dem schwierigen Problem der Messung des

Kapitalbestandes zu. Die verschiedensten Datenreihen werden einer Korrelationsanalyse unterzogen. Auf Grund seiner theoretischen und statistischen Untersuchungen kommt Griliches zu der Empfehlung, im Zusammenhang mit den Investitionsfunktionen, zwei Maße für den Kapitalbestand zu verwenden, „one aproximating the idea of capital as a quantity (or number) of machines and the other measure aproximating the idea of capital as a current value of the existing stock of machines . . .“ (S. 135).

Der Beitrag von Y. *Mundlak* ist eine Untersuchung verschiedener Schätzmethoden für Produktions- und Verhaltensfunktionen, wobei das Schwergewicht auf der Cobb-Douglas-Funktion liegt. Ein ausgezeichnete Überblick über die zur Verfügung stehenden Instrumente bei der Berechnung von Produktionsfunktionen, der auch die Notwendigkeit verdeutlicht, Zeitreihen und Querschnittsdaten nicht als Alternativen zu verwenden, wie es bislang häufig geschah.

In der letzten Arbeit des produktionstheoretischen Abschnittes versucht M. *Nerlove*, eine Antwort auf die Frage zu geben, welche Ertragsverläufe in der Elektrizitätsindustrie vorherrschen. Dem empirisch-statistischen Teil ist eine ausführliche Beschreibung der institutionellen und technischen Rahmenbedingungen vorangestellt. Danach wird ein neuartiges analytisches Schema entwickelt, welches in Kombination mit amerikanischen Daten zu einer Serie von Regressionen und Parameterkombinationen für die Cobb-Douglas-Funktion führt. Nerlove kommt zu dem Ergebnis, daß bei den betrachteten Unternehmen „increasing returns“ vorliegen, „but the degree of returns to scale varies inversely with output and is considerably less, especially for large firms, than that previously estimated for individual plants“ (S. 186).

Zum dritten Teil über montäre Phänomene trugen C. F. *Christ* und A. C. *Harberger* bei. Besonders der Aufsatz von Christ, welcher sich mit dem Anlageverhalten der Besitzer liquider Vermögenswerte befaßt, kann als sehr informativ bezeichnet werden. Eine gründliche Zeitreihenanalyse amerikanischen Datenmaterials führt u. a. zu dem Ergebnis, daß sich das k in der Cambridge-Gleichung zu drei Viertel aus dem Kehrwert des Zinses für langfristige Obligationen erklären läßt, zeigt aber auch deutlich, daß hier noch verwickelte Fragen der Lösung harren. Harberger liefert einen interessanten Beitrag zur alten Streitfrage, von welchem Faktor die für eine Inflation typische Lohn-Preis-Spirale ausgelöst wird. Bei seiner ökonometrisch fundierten Untersuchung der chilenischen Inflation kommt er zu dem kaum überraschenden Ergebnis, „that during the period of this study money-supply changes tended more often to outstrip than to lag behind wage changes, and the wages played much more a transmitting than an initiating role in the Chilean inflation“ (S. 248). Ein echtes Beispiel einer durch „wage push“ ausgelösten Inflation steht also nach wie vor aus.

Im letzten Teil des Sammelbandes finden sich drei spezielle statistisch-methodische Arbeiten, die insbesondere das Interesse des

Fachstatistikers auf sich ziehen werden. L. A. Goodman befaßt sich im Anschluß an Veröffentlichungen von Moore und Wallis bzw. Cox und Stuart mit „Tests Based on the Movements in and the Comovements between m-Dependent Time Series“, L. G. Telser mit „Least-Squares Estimates of Transition Probabilities“, letztlich ein Plädoyer für die Maximum-Likelihood-Methode zur Bestimmung der Übergangswahrscheinlichkeiten bei Markowschen Prozessen. Die von Telser diskutierten Kleinst-Quadrat-Schätzungen werden von ihm selbst als unzulänglich bezeichnet. Schließlich kommt H. Theil mit einer Arbeit über die Spezifizierung von Verhaltensrelationen zu Wort, in denen mehrere erklärende Variable auftreten. In einer konkreten Forschungssituation wird auch hier die Arbeit mit großem Gewinn herangezogen werden können.

Das läßt sich für den gesamten Band verallgemeinern: Eine Zusammenstellung von zum Teil hervorragenden Arbeiten, die in einer guten Fachbibliothek nicht fehlen sollte. Gerhard Kade, Darmstadt

Manuel Albizu Alba: Allgemeine Einkommenstheorie. (Aus dem Spanischen übersetzt von Klaus Wellenreuther. Herausgegeben von Hans G. Schachtschabel.) Frankfurt am Main 1964. Franz Nowack Verlag. 120 S.

Die hier vorgetragene Einkommenstheorie umfaßt drei Hauptteile: 1. Die Theorie der Verbesserung des Realeinkommens, welche „die Mittel untersucht, die zur qualitativen oder quantitativen Verbesserung des Einkommens angewandt werden können, sowohl auf Grund einer gut geführten nationalen Wirtschaftspolitik, die das Geldeinkommen in die richtigen Wege leitet, als auch mit Hilfe der außenwirtschaftlichen Möglichkeiten“; 2. die Theorie vom optimalen Einkommensniveau, die darlegt, „welches das anzustrebende Einkommensniveau sein soll, wobei, ausgehend vom Gesetz des abnehmenden Ertragszuwachses, eine Untersuchung und Kritik des Volleinsatzes der Produktionsfaktoren durchgeführt wird“; 3. die Theorie des Einkommensgleichgewichts, die die Voraussetzungen prüft, „unter denen eine Stabilisierung oder ein Gleichgewicht des Einkommens erreicht werden kann“ (S. 14). In der Exposition des Buches ist aus didaktischen Gründen die Gleichgewichtstheorie an den Anfang gestellt worden, die zwar auf der Einkommenslehre von Keynes fußt, aber darüber hinauszufragen sucht, indem die Bedingung Investition = Sparen mit der Bedingung Investition = zusätzlicher Verbrauch konfrontiert wird. Von der Keynesschen Theorie distanziert sich der Autor namentlich in folgenden beiden Punkten: „a) Der Keynesianische Multiplikator setzt sich in Wirklichkeit aus zwei verschiedenen Multiplikatoren“ (dem ‚Konsummultiplikator‘ und dem ‚Einkommensmultiplikator‘) „zusammen, deren Werte man berücksichtigen muß, wenn man das Einkommen im Gleichgewicht halten will, da sich die anzuwendenden Gleichgewichtsformeln je nach diesen Werten verändern. b) Einzig und allein unter der Annahme, daß r eine Konstante ist und m gleich eins, ist das Gleichgewicht mit der Bedingung $I = A$

wieder herzustellen“ (S. 50 f.). Im zweiten Abschnitt werden zunächst die quantitative und die qualitative Einkommensverbesserung dahingehend umschrieben, daß die erstere eine „Umfangsteigerung des Güter- und Dienstleistungsumlaufes“ bedeutet, „während die qualitative Verbesserung sich auf eine mannigfaltigere und bessere Zusammensetzung eines bestimmten quantitativen Niveaus bezieht“ (S. 54 f.). Zu den Instrumenten einer solchen Einkommensverbesserung zählt der Verfasser alles, was zu einer breitgestreuten Konsumsteigerung beitragen kann. Er unterstreicht die Bedeutung des Erwartungsmoments und — da er dem Staat ein ganzes Bündel von Interventionsparametern zuerkennt — der „Kontrolle des Preisniveaus“ und würdigt, wenn auch nur in den Umrissen, die Einkommenseffekte der Inflation und des Außenhandels. Die „negativen Auswirkungen einer stetig aktiven Handelsbilanz“ werden am Beispiel der Vereinigten Staaten während der Weltwirtschaftskrise zur Sprache gebracht. Der Schlußabschnitt ist der Theorie vom optimalen Einkommensniveau gewidmet, die der Autor aus dem Ertragsgesetz deduziert und in der These gipfelt, daß der „maximale Durchschnittsertrag“ des Faktoreinsatzes „als logische Grenze jedes Einkommenserzeugungsvorganges“ zu gelten habe (S. 104 ff.). Was das erklärte wirtschaftspolitische Ziel des „Volleinsatzes der Produktionsfaktoren“ anlangt, so sollte „der jederzeit vorhandene Faktor Arbeit als konstant angenommen werden... Das heißt, man muß stets den Volleinsatz des Faktors Arbeit anstreben. Die Einsatzmengen der anderen Faktoren ergeben sich aus der Zielsetzung, daß ein maximaler Durchschnittsertrag erreicht werden soll. Dies scheint das eigentliche Ziel zu sein, das von jeder gesunden Wirtschaftspolitik angestrebt werden sollte: maximaler Durchschnittsertrag oder maximales Durchschnittseinkommen bei Volleinsatz des Faktors Arbeit“ (S. 112). Unter dem für die Wirtschaftspolitik maßgeblichen Gesichtspunkt des Verbrauchers „wird nur dasjenige Einkommensniveau optimal sein, das einen maximalen Durchschnittsnutzen bringt. Aber dieses Einkommensniveau ist praktisch unbestimmbar... Somit bleibt... nur die Möglichkeit, bei Volleinsatz des Faktors Arbeit ein maximales Durchschnittseinkommen anzustreben... Dann kann eines Tages tatsächlich der wirtschaftliche Wohlstand auf der Erde verwirklicht und das für viele Länder so aktuelle Problem der Arbeitslosigkeit zufriedenstellend gelöst werden“ (S. 118 f.).

„Der deutsche Leser erhält durch die Veröffentlichung dieses Buches sicherlich einen ebenso eindrucksvollen wie aufschlußreichen Hinweis auf den derzeitigen Stand der Volkswirtschaftslehre in Spanien“, sagt der Herausgeber in seinem Vorwort (S. 7), und gewiß ist seine Initiative, diese 1960 in Spanien publizierte Schrift der hiesigen Leserschaft und ihrer Kritik zugänglich zu machen, nicht minder dankenswert wie die sichtlich große Mühe des Übersetzers. Leider bleiben manche Thesen unklar, andere klingen naiv und bekunden mangelnden Kontakt mit der internationalen Standardliteratur, die Umwege

hätte ersparen und Abwege vermeiden lassen, wie sie sich zuweilen in reichlich autarken Begriffsbildungen manifestieren. Ein paar Verzeichnungen beim Übertragen des spanischen Textes erschweren die Lektüre; so hätte beispielsweise die Keynesche Grundgleichung $I = S$ und nicht $I = A$ zu lauten, da sich unter A (vom spanischen „ahorro“ für Sparen) hierzulande kaum jemand etwas vorstellen kann, und „control de los precios“ kurzerhand mit „Kontrolle des Preisniveaus“ zu übersetzen, führt leicht in die Irre, weil „control“ im Spanischen — wie ja auch im Englischen — für aktive Regelungs- und Steuerungsmaßnahmen steht und nicht nur die „Überwachung“ einer prinzipiell anerkannten Marktpreisbildung bedeutet.

Antonio Montaner, Mainz

H. Ismar, G. Lange und H. v. Schweinitz: Die Konsum- und Investitionsfunktion. Eine Untersuchung für die Bundesrepublik Deutschland. Köln und Opladen 1962. Westdeutscher Verlag. 420 S.

Nach einem Jahrzehnt des stürmischen wirtschaftlichen Aufstiegs war Anfang der sechziger Jahre die Zeit reif für einen Versuch, von der Beschreibung des Wirtschaftssystems durch ökonomische Gleichungssysteme zu einer Bestandsaufnahme der realen Wirtschaftsstruktur mit Hilfe ökonometrischer Schätzungen voranzuschreiten. Eine der Arbeiten, die seinerzeit zu diesem Problem vorgelegt wurden, ist das Arbeitsergebnis einer Forschungsgruppe im Institut für Gesellschafts- und Wirtschaftswissenschaften an der Universität Bonn, die unter der Leitung von Wilhelm Krelle von 1959 bis 1961 tätig war. Ismar, Lange und v. Schweinitz hatten sich zum Ziel gesetzt — ausgehend vom damaligen Stand der Diskussion —, das Investitions- und Konsumverhalten in der BRD an Hand der Daten von 1950—58 zu untersuchen.

In einem ersten Teil werden unter der Überschrift „Regressions-theorie“ die mathematischen Grundlagen der Kleinst-Quadratschätzungen behandelt. Dem liegt ein Präjudiz über die Wahl der Schätzmethode zuungunsten der Simultanschätzung nach dem Maximum-Likelihood-Verfahren zugrunde. Die Einwände gegen dieses Vorgehen sind bekannt und waren den Autoren auch durchaus bewußt. Wie immer in solchen Fällen hielt man es aus Gründen der Zweckmäßigkeit für angezeigt, die einfachere Schätzmethode vorzuziehen, teilweise um überhaupt zu Ergebnissen zu kommen. Zudem führt der Maximum-Likelihood-Ansatz zu Problemen, die auch heute noch nicht als gelöst betrachtet werden können. Eine Full-Information-Maximum-Likelihood-Schätzung stößt bekanntlich von vornherein auf gewisse Beschränkungen, die u. a. mit den verfügbaren Rechenkapazitäten zusammenhängen. An die Schwierigkeiten der Beschaffung genügend langer Datenreihen für die simultane Behandlung ökonometrischer Systeme sei zusätzlich erinnert.

Mit dem einfachen Regressionsansatz wollten die Autoren folgende Frage beantworten: Angenommen, die Bestimmungsgrößen hätten aus

irgendwelchen Gründen, die nicht weiter untersucht werden, bestimmte Werte angenommen, wie groß ist dann der Konsum bzw. die Investition? Diese konditionale Fragestellung ist der Preis, der für die Vereinfachung des Schätzverfahrens gezahlt werden muß.

Der Mathematiker der Forschungsgruppe — H. Ismar — legt in einem knappen, aber sehr gehaltvollen Text die mathematischen Grundlagen sowie bestimmte Techniken zur Überprüfung von Voraussetzungen der Kleinst-Quadrat-Methode nieder. Dieser Abschnitt ist zwar nicht als Ersatz für ein statistisches Lehrbuch gedacht, weist teilweise jedoch dessen charakteristische Züge auf.

Im zweiten Teil, für den G. Lange verantwortlich zeichnet, findet man die Ergebnisse der Untersuchungen über das Investitionsverhalten. Dem wird ein ausführlicher dogmenhistorischer Teil vorgeschaltet, wo in der Art einer Monographie ein vollständiger Überblick über die relevante Literatur geboten wird. Aus der wirtschaftstheoretischen und statistischen Literatur lassen sich dann auch die wichtigsten erklärenden Variablen, d. h. die zu testenden Hypothesen gewinnen. Es handelt sich dabei im wesentlichen um fünf Bestimmungsgründe der Investitionen, mit denen üblicherweise gearbeitet wurde: 1. „autonome“ Bestimmungsgründe, 2. der Zins, 3. das Akzelerationsprinzip, 4. Gewinne und Abschreibungen und 5. die Liquidität. Dieses Erklärungsschema zieht Lange für seine Fragestellung systematisch heran. Dabei wird von vornherein der Versuch unternommen, branchenspezifische Bestimmungsgründe der Investitionen zu isolieren, mit dem Ziel, von dort aus eine prognostisch verwendbare Investitionsfunktion für die gesamte Industrie aufzubauen. Betrachtet werden die Gruppen: Bergbau, Investitionsgüterindustrie, Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie, Nahrungs- und Genußmittelindustrie sowie die Verbrauchsgüterindustrie.

Bei der Durchrechnung traten zwar einige interessante Ergebnisse zutage, insbesondere haben sich Anhaltspunkte dafür ergeben, daß die Vermutung über das Vorherrschen verschiedener Investitionsbestimmungsgründe bei den einzelnen Branchen nicht falsch ist; der Versuch, die komplizierte Gesamt-Investitionsfunktion aus einfachen Branchen-Investitionsfunktionen aufzubauen, muß aber als gescheitert betrachtet werden. Dafür sind die erzielten Ergebnisse schon rein statistisch nicht eindeutig genug.

Für die Industrie als Ganzes haben die Untersuchungen zu keinen überraschenden Resultaten geführt. Insbesondere wird die inzwischen vorherrschende Auffassung gestützt, daß der Zins keinen signifikanten Bestimmungsgrund für die Investition darstellt; die Akzeleratorwirkung liegt gerade an der Signifikanzgrenze, was die Problematik dieses Konzeptes erneut unterstreicht, wohingegen Umsätze sowie Gewinne und Abschreibungen zusammengekommen gut „arbeiten“. Preisbereinigung verschlechtert durchweg die Ergebnisse, was — wie Wilhelm Krelle folgert — darauf hinweist, daß „finanzielle Überlegungen aus den Investitionsentscheidungen nicht auszuschließen sind“. Es ist alles andere als überraschend, wenn sich herausstellt, daß es vor-

nehmlich die Umsätze und Gewinne sind, welche die industriellen Investitionen bestimmen und in weitaus geringerem Maße auch die relativen Produktionssteigerungen. Immerhin eröffnen die Zahlen die Möglichkeit, die aktuelle Diskussion in die quantitative Dimension zu verlegen; jeder Schritt auf diesem Wege muß begrüßt werden.

Das gilt selbstverständlich auch für Teil III des Bandes, wo H. v. Schweinitz sich ausführlich mit der Charakterisierung des Verbraucherverhaltens durch makroökonomische Konsumfunktionen befaßt. Auch hier ist wieder die Vollständigkeit des dogmenhistorischen Überblicks hervorzuheben. Die Entwicklung bis zum Beginn der sechziger Jahre wird in zwei Abschnitte eingeteilt. Der erste umfaßt die im Anschluß an Keynes entstandene Diskussion über die Gestalt einer einfachen Konsumfunktion, wie sie von ihrem Schöpfer in der *General Theory* eingeführt wurde. Diese Diskussion war im wesentlichen 1947 abgeschlossen. Eine „moderne“ Theorie der Konsumfunktion entstand danach im Zusammenhang mit dem Versuch, neben dem wie immer definierten Einkommen zusätzliche unabhängige Variable explizit in die Beziehung einzuführen, sowie den Bestrebungen, von einer maximalen Aggregation zu einer am Untersuchungszweck orientierten optimalen Aggregation fortzuschreiten. Die Unterscheidung zwischen zyklischen und säkularen Konsumfunktionen spielt hier ebenso eine Rolle wie die Verfeinerung der Konzepte im Anschluß an methodisch-statistische Fortschritte nach dem zweiten Weltkrieg.

Vor diesem Hintergrund gibt es eine Fülle von Möglichkeiten, alternative Hypothesen für die Erklärung des Verbraucherverhaltens heranzuziehen. H. v. Schweinitz nutzt diesen Spielraum voll aus und rechnet die sich anbietenden Möglichkeiten durch. Das Ergebnis der Untersuchungen entspricht den Erwartungen, die man bei dem gegenwärtigen Stand der Erörterungen haben kann. Es werden sowohl mit der Einfachkorrelation des Gesamtkonsums mit dem Bruttosozialprodukt als auch des privaten Konsums mit dem verfügbaren Einkommen der gleichen Periode zufriedenstellende Resultate erzielt. Bei Verwendung von Viertel- und Halbjahresdaten ist die Heranziehung des Einkommens der Vorperiode von Vorteil. Daß sich bei der Konsumfunktion in größerem Ausmaß als bei der Investitionsfunktion statistisch signifikante Parameter einstellen, ist nicht weiter erstaunlich, wenn man bedenkt, daß die Voraussetzungen für die Anwendung der Methode der Kleinsten Quadrate bei der Konsumfunktion vergleichsweise erfüllt sind. Multiple Ansätze verbieten sich aber auch hier wegen der starken Multikollinearität bei den erklärenden Variablen. Bei der Auswahl der „besten“ Funktion — im Hinblick auf deren prognostische Verwendbarkeit — spielen Plausibilitätskriterien immer noch eine vergleichsweise große Rolle. Die Autorin läßt diese Frage offen und fordert damit auf, ihre Ergebnisse an Hand neu hinzukommender Information einer erneuten Prüfung zu unterwerfen.

Die Vergangenheit hat gezeigt, daß solche Überprüfungen selbst bei der ökonometrischen Korsettstange — der Konsumfunktion — in der Regel negativ ausfallen. Daher müssen zum Leidwesen von Wissen-

schaft und Wirtschaftspolitik die numerischen Ergebnisse /solcher Studien zeitlich relativiert werden; sie sind auch im vorliegenden Fall nicht mehr aktuell für die Lösung der anstehenden wirtschaftspolitischen Tagesfragen, deshalb aber nicht ohne Wert. Der Forschungsbericht hat inzwischen seinen festen Platz in jenem Bücherbord erhalten, dem man sich zuwendet, wenn es gilt, in methodisch einwandfreier Weise Konsum- und Investitionsfunktionen zu berechnen. Er darf auch heute noch als beispielhaft empfohlen werden.

Gerhard Kade, Darmstadt

Dieter Mertens: Die Wandlungen der industriellen Branchenstruktur in der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1960. Ein Beitrag zur Analyse der Ursachen und Wirkungen differenzierten Wachstums. (Sonderhefte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Nr. 68.) Berlin 1964. Duncker & Humblot. 202 S.

Wie in manchen anderen theoretischen und quantitativ-analytischen Neuerscheinungen wirkt auch in dieser Publikation des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung die Luzerner Tagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (September 1962) über Strukturwandlungen einer wachsenden Wirtschaft fruchtbar fort. Mertens hat sich zum Ziel gesetzt, den Veränderungen der Größenverhältnisse in der Branchenstruktur der westdeutschen Industrie während des konjunkturell wenig verzerrten Zeitraums zwischen dem ersten „normalen Nachkriegsjahr“ und dem letzten Jahr vor der DM-Aufwertung, für das vollständiges Zahlenmaterial vorliegt, nachzuspüren, um die makroökonomischen Wachstumsaspekte empirisch-wirtschaftskundlich mit Hilfe einer gründlichen Differentialdiagnose auszuleuchten und um damit zugleich die methodisch-systematischen Ansätze einer statistischen Wachstumsanalyse zu entwickeln und auf die Probe zu stellen.

Der Autor nimmt zunächst eine Inventur der Strukturmerkmale vor und weist nach, welche Wandlungen sich im industriellen Branchengefüge vollzogen haben. Anschließend werden die Triebkräfte und Entwicklungstendenzen der sektoralen Strukturänderungen sichtbar gemacht, wobei neben der Branchenstruktur der Produktionsfaktoren namentlich auch die binnen- und außenwirtschaftlichen Nachfrageimpulse sowie die Sonder- und Sekundäreinflüsse politisch-institutioneller Marktinterventionen Beachtung finden. Sodann diskutiert Mertens eingehend die Frage nach allfälligen Regelmäßigkeiten der Strukturentwicklung, besonders was das Verhältnis zwischen Produktions- und Verbrauchsgüterindustrien sowie zwischen Vorproduktion und Fertigwarenerzeugung anlangt, um den unterschiedlichen Wachstumsgrad zusammengefaßter Aggregate unter dem Gesichtspunkt ihrer verschiedenen Stellung im gesamtwirtschaftlichen Produktionsprozeß (S. 104) zu demonstrieren. Der letzte Abschnitt des Buches ist den Struktureffekten gewidmet, soweit diese für die Wachstumsanalyse relevant erscheinen und trotz zahlreichen methodischen und Entschei-

dungsproblemen zuverlässig eruiert werden können. „In der westdeutschen Industrie 1950—1960 haben die Wachstumseffekte der Beschäftigungsfuktuation nur geringe, die Wachstumswirkungen der Kapitalfuktuation dagegen eher eine nennenswerte Bedeutung gehabt. Eine effizienz-orientierte Wanderung der Faktoren als strukturbestimmender Faktor ist aber für die Beschäftigung weit eher zu postulieren als für das Kapital. Das führt zu dem Urteil, daß die Effizienzgerichtetheit der Faktorumschichtungen 1950—1960 in der westdeutschen Industrie — anders etwa als wahrscheinlich in der gesamten Volkswirtschaft — nur in geringfügigem Maß strukturbeeinflussend gewesen ist. Möglicherweise wird sie aber in Zukunft an Gewicht gewinnen“ (S. 175).

Mertens' literarisch wohlfundiertes und methodisch umsichtiges Urteil wirkt um so überzeugender, als nirgends die materialen Schwierigkeiten und formalen Vorbehalte bei der statistischen Ermittlung und Deutung zweigwirtschaftlicher Strukturwandlungen und ihrer Bestimmungsgründe verschwiegen werden. Die vielen Tabellen und Graphiken zeugen von der weit ausholenden Detailarbeit des Verfassers und geben seinen Deduktionen überall solide Beweismittel an die Hand.

Antonio Montaner, Mainz

Hans-Hermann Stein: Strukturwandlungen in der Anlagepolitik der Kreditbanken in der Bundesrepublik Deutschland von 1950 bis 1960. (Untersuchungen über das Spar-, Giro- und Kreditwesen, hrsg. von Fritz Voigt, Band 23.) Berlin 1964. Duncker & Humblot. 191 S.

Das Thema ist aus wohlbegründeter Überlegung sehr eng gefaßt und erlaubt dadurch eine intensive Behandlung. Es geht um die Aktivseite der Bankbilanz, und zwar nur der privaten Kreditbanken unter Ausschaltung der öffentlichen Banken (insbesondere Girozentralen, Sparkassen), so daß unter den Kreditbanken vor allem die drei Großbanken ins Gewicht fallen.

Der Verfasser wendet nicht nur eine große Sorgfalt und Umsicht, sondern auch eine ungewöhnliche Belesenheit auf, um seiner Aufgabe gerecht zu werden. Im Text sind 439 Fußnoten enthalten, darunter einige, die sich fast über eine ganze Seite erstrecken, aber sie sind mehr als Zierat, man könnte sie als fachwissenschaftliche Legitimation verstehen, denn der Verfasser verwendet seine Fußnoten nicht nur zur Information des Lesers, sondern zur echten Weiterführung der von ihm notgedrungen an vielen Stellen nur angedeuteten Problematik, etwa der Geldschöpfung, der Bankengliederung, der Strukturunterschiede zwischen deutschen und ausländischen Kreditbanken usw. Die von ihm zitierten etwa 450 Quellen, darunter 220 Bücher und 180 Zeitschriftenartikel, sind ebenfalls kein schmückendes Beiwerk, sondern das geistige Fundament, auf dem seine Erkenntnisse und Ansichten ruhen. Die gleich zu Anfang vertretene Ansicht, wonach die Banken eine „kombinative Kreditvermittlungs- und Kreditschöpfungstätigkeit“ ausüben (vgl. S. 13), löst den Konflikt zwischen Kredit-

vermittlung und Kreditschöpfung nicht, denn sie erklärt nicht, wann und wie Vermittlung und Schöpfung kombiniert werden, ob das eine früher, das andere später, ob das eine weniger, das andere mehr erfolgt. Wenn Banken Kredit schöpfen können und dies auch tun, erscheint es merkwürdig, daß sie daran zugrunde gehen können und dies auch tun, ohne sich selbst zu helfen.

In der Gründlichkeit der Quellenhinweise, auch in der Genauigkeit der materiellen Stoffgliederung hat der Verfasser vielleicht sogar das Gute zu viel getan, wenn er sich bei unbestrittenen Sachverhalten auf Gewährsmänner beruft oder wenn er bei den Bestimmungsfaktoren weit in die Struktur und Entwicklung der Bankeinlagen eingreift und auch die Nostroverpflichtungen, Akzepte und Bankschuldverschreibungen daraufhin untersucht, ob und wie weit eine veränderte Kapitalstruktur auf die Anlagestruktur der Banken von 1950 bis 1960 einen Einfluß gehabt hat. Dem 4. Teil, der die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der veränderten Anlagestruktur der Kreditbanken im Untersuchungszeitraum behandelt, hätte man gern eine größere Ausführlichkeit gewünscht, selbst auf Kosten der ersten beiden Teile.

Die Arbeit enthält 16 statistische Tabellen und 12 Diagramme. Unter den letzten Erscheinungen der gleichen Schriftenreihe ist sie eine der besten Arbeiten, die sich vor allem auch dadurch auszeichnet, daß sie die ältere und älteste deutsche Bankliteratur heranzieht und den gegenwärtigen Stand nicht nur berücksichtigt, sondern kritisch würdigt.

Hanns Linhardt, Nürnberg

Robert Wittgen: Die Geldpolitik der Geschäftsbanken. Frankfurt/M. 1965. Fritz Knapp. 170 S.

Das vorliegende Buch, die Habilitationsschrift des Hamburger Ordinarius für Betriebswirtschaftslehre, enthält sechs Hauptteile. Das 2. Kapitel beschäftigt sich mit den Aufgaben, Kapitel 3 mit den Instrumenten der Geldpolitik. Die restlichen vier Kapitel umreißen die Problematik dieses Teilbereichs der Bankpolitik, das „bankgeschäftliche Verhalten im Bereich des Geldgeschäftes“ — das ist der „Selektionsvorgang“. Es werden dabei (im 4. Kapitel) die Entscheidungskriterien und die Möglichkeiten einer optimalen Gestaltung des Geldgeschäfts erörtert. Sodann werden im 5. und 6. Kapitel die unterschiedlichen Optimal- und Realbedingungen untersucht, die schließlich im 7. Kapitel zur Frage nach den Möglichkeiten einer Anpassung der letzteren an die ersteren führen.

Wittgen verzichtet bewußt — zum Vorteil des Buches — auf die Trennung in einen „theoretischen“ und „praktischen“ Teil: Er macht vielmehr den Versuch einer Verifizierung der Markttheorie am Beispiel der Geldpolitik der Geschäftsbanken. Man hätte sich allerdings an manchen Stellen etwas mehr ein Eingehen auf die Ergebnisse der theoretischen Forschung gewünscht. Die — insgesamt 13 — Formeln hätten allerdings ohne Verlust wegbleiben können.

Das Buch ist sehr flüssig geschrieben, zeigt eine klare Konzeption und ist — was man nicht von allen Neuerscheinungen der letzten Zeit auf dem Gebiet der Bankwissenschaft sagen kann — sehr wirklichkeitsnah. Man merkt, daß der Verfasser die Praxis des Geldmarktgeschäftes beherrscht, und man konstatiert dankbar, daß er nicht die für ihn selbstverständlichen Dinge als Selbstverständlichkeiten behandelt: Wittgen illustriert seine Ausführungen an Hand praxisnaher Beispiele. Der Verfasser hat mit seinem Buch ein bislang unerforschtes Gebiet der Betriebswirtschaftslehre behandelt. Wissenschaft und auch Praxis werden ihm dafür dankbar sein müssen.

Oswald Hahn, Nürnberg

Harold Barger: The Management of Money. A Survey of American Experience. Chicago 1964. Rand McNally & Company. XIV/422 S.

Harold Barger, der zu den angesehensten amerikanischen National-ökonomien und Bankfachleuten zählt und als Professor an der Columbia-Universität wirkt, nachdem er fast anderthalb Jahrzehnte zum Forschungsstab des National Bureau of Economic Research gehörte, ist bisher besonders bekannt geworden durch sein Buch „Money, Banking and Public Policy, Outlay and Income in the United States“ (1942) sowie durch einen vielbenutzten Textband „The American Economy in Operation“ (1949).

Sein hier anzuzeigendes neuestes Buch ist eine der wenigen Gesamtdarstellungen amerikanischer Zentralbankgeschichte seit Alexander Hamilton und der First Bank of the United States und beruht zum großen Teil auf noch unveröffentlichten Quellen. In sehr geschickter und sachkundiger Weise verknüpft Barger einen lebendigen Bericht von der Entwicklung des amerikanischen Bankwesens mit einer umfassenden Untersuchung der Geld- und Kreditpolitik in den Vereinigten Staaten während der letzten fünfzig Jahre, wobei namentlich die Kontroversen über ihre Ziele und Instrumente zur Sprache kommen. Auch die Wechselwirkungen zwischen Geld- und Fiskalpolitik finden eingehende Beachtung. Der historische Abschnitt hat hauptsächlich die Wandlungen der amerikanischen Geld- und Währungspolitik unter dem Federal Reserve System zum Gegenstand und würdigt dessen Erfolge und Fehlschläge vor allem in und nach der Weltwirtschaftskrise sowie im Zusammenhang mit dem Accord vom März 1951 über das Verhältnis zwischen Federal Reserve und Treasury. Im zweiten Hauptabschnitt sucht der Autor die Lehren aus der geschichtlichen Erfahrung zu ziehen, die auf den Hauptnenner „Limitations suggested by Experience“ gebracht werden. Besonders aufschlußreich referiert Barger über den Streit zwischen den Verfechtern des „free banking“, des „automatic gold standard“ und des „100 % money“ sowie über etliche organisatorische und personelle Grundsatz- und Detailfragen, auf die nur ein derart versierter Sachkenner kommen kann und die Antwort weiß. Im Anhang werden eine reichhaltige Bibliographie und statistische Dokumentation, ein sorg-

fältig redigiertes Namens- und Schlagwortverzeichnis sowie — was der Lektüre sehr zugute kommt — biographische Angaben über nahezu alle im Buch erwähnten Personen dargeboten.

Antonio Montaner, Mainz

CEPES — Europäische Vereinigung für wirtschaftliche und soziale Entwicklung (Hrsg.): Die freie Weltwirtschaft in der Bewährung. Frankfurt/M. 1964. CEPES. 144 S.

Wäre bei allen Beteiligten so viel guter Wille vorhanden, wie aus den Beiträgen der europäischen und der amerikanischen Unternehmervereinigung (CEPES und CED) zur Kennedy-Runde spricht, dann brauchte uns um die Zukunft der weltwirtschaftlichen Integration nicht bange zu sein.

In je einer Studie haben die deutsche Gruppe der CEPES und das amerikanische CED (Committee for Economic Development) zu den Problemen und Aufgaben der bevorstehenden Zollverhandlungen im Rahmen des GATT (Kennedy-Runde) Stellung genommen. Der gemeinsame Beitrag der französischen und italienischen Gruppe der CEPES zum gleichen Thema dokumentiert lediglich die völlige Übereinstimmung mit den Ansichten der deutschen Gruppe, ohne daß zusätzliche originelle Gedanken beigezeichnet werden.

Gemeinsamer Ausgangspunkt der beiderseitigen (CEPES und CED) Argumente ist die Erkenntnis der für alle Beteiligten günstigen Wirkung einer arbeitsteiligen Weltwirtschaft. Geeignetes Mittel zur Erweiterung der internationalen Arbeitsteilung ist die Intensivierung des Handelsverkehrs durch Abbau der Handelshemmnisse. Hervorzuheben ist die beiderseits erhobene Forderung nach Abbau auch der nichttarifären Handelshemmnisse, wobei der CED eine bemerkenswert offene Sprache führt, obwohl sich diese Forderung in erster Linie an die USA richtet und handfeste Unternehmerinteressen berührt. Übereinstimmend wird auch die Einbeziehung der nationalen Landwirtschaften in die Weltwirtschaft empfohlen. Während jedoch CEPES das Problem nur recht pauschal und cursorisch behandelt, wartet der CED mit konkreten Vorschlägen auf. Das Nahziel ist danach, die Verdrängung der traditionellen Agrarimporteure vom europäischen Markt zu verhindern, um die damit verbundene Fehlleitung von Produktionsfaktoren zu vermeiden. Das soll mit entsprechenden Importkontingenten erreicht werden. Diese Vorstellungen haben bekanntlich in die „Angebote“ der EWG für die Kennedy-Runde Eingang gefunden.

Bei grundsätzlicher Übereinstimmung über die vordringliche Notwendigkeit einer möglichst umfangreichen und lückenlosen Zollsensung sind gerade in dieser Frage die stärksten Auffassungsunterschiede bezüglich der Art der Durchführung festzustellen. Sie spiegeln dabei ziemlich genau die Positionen wider, die die EWG einerseits und die USA andererseits bezogen haben. Von der EWG und von CEPES wird die Forderung nach Gleichwertigkeit der gegenseitigen

Zollsenkungen erhoben. CEPES argumentiert, daß eine prozentual gleiche Senkung der EWG-Zölle und der amerikanischen Zölle nicht äquivalent sei, weil die amerikanischen Ausgangszölle in vielen Fällen bedeutend höher seien als die EWG-Zölle. Nach einer beiderseitigen Halbierung der Zölle bleibe der Zollschatz für die USA in vielen Fällen beträchtlich, während er für die EWG stark schwinde. CEPES fordert daher eine Beseitigung dieser Disparitäten in der Weise, daß die Niedrigzollländer ihre Zölle um einen geringeren Satz senken als die Hochzollländer. CED behauptet dagegen, daß gleich hohe Zollsenkungen gleichwertig seien. Die Zölle der USA seien deshalb so hoch, weil die Preisunterschiede zum Ausland so groß seien. Schon eine geringe Zollsenkung würde daher den Zollschatz entscheidend mindern. CED widerspricht auch der Vermutung CEPES', daß die amerikanischen Zölle „Luft“ hätten, d. h. daß sie höher sind als für den erstrebten Zollschatz nötig. In diesem Fall würde ein „Herauslassen dieser Luft“ die Schutzwirkung des Zolles nicht beeinträchtigen. Nun lassen sich die beiderseitigen Behauptungen durchaus nicht beweisen; denn wenn man die importsteigernde Wirkung als Maßstab für die Gleichwertigkeit der Zollsenkungen nimmt, müßte man für jede der vielen strittigen Warenpositionen die potentielle Importänderung feststellen. Sie ist abhängig von der jeweiligen Nachfrage- und Angebotselastizität, die mit ausreichender Genauigkeit kaum zu ermitteln sind.

Folgende praktische Überlegungen der CEPES haben jedoch Gewicht: 1. Bei linearen gegenseitigen Zollsenkungen würde früher oder später die Situation entstehen, daß die EWG keinen nennenswerten Zollschatz mehr hat, während die USA für viele Positionen noch über wirkungsvolle Zölle verfügt. 2. Die EWG kann in diesem Falle keine Gegenleistung für die Abschaffung dieser Zölle anbieten. 3. Es besteht die Gefahr, daß die USA gerade die durch Hochzölle geschützten Güter auf die Ausnahmelisten setzen.

Allerdings muß betont werden, daß derartige Erwägungen nur unter dem Gesichtspunkt unternehmerischer Einzelinteressen stichhaltig sind. Gesamtwirtschaftlich gesehen ist auch eine einseitige Zollsenkung für das zollsenkende Land vorteilhaft. Hubertus Adebahr, Berlin

Peter Duesberg: Determinanten der internationalen Güterströme. Der Erklärungswert der Faktor-Proportionen-Theorie für den Handel in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. (Volkswirtschaftliche Schriften, hrsg. von J. Broermann, Heft 83). Berlin 1965. Duncker & Humblot, 180 S.

„Die Frage nach den Determinanten, die Richtung und Zusammensetzung der internationalen Güterströme bestimmen, ist eine der ältesten und zugleich eine der zentralen Fragen der Außenhandels-theorie. Darüber hinaus ist die praktische Bedeutung dieses Problems, z. B. für die Integration der sechs europäischen Volkswirtschaften in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft oder für die Bemühungen um eine angemessene Stellung der ‚Entwicklungsländer‘ in

der Weltwirtschaft, erheblich.“ Mit dieser Feststellung begründet Duesberg in seiner „Vorbemerkung“ auf S. 5 die Notwendigkeit der vorliegenden Untersuchung, und zwar mit gutem Recht.

Ein wichtiges Mittel, diese Probleme zu klären, sieht der Verf. in der „Faktor-Proportionen-Theorie“; demgemäß behandelt er im ersten Teil der Arbeit „Die Faktor-Proportionentheorie und ihre Anwendung“ und im zweiten Teil diese Theorie „und die von ihr *nicht* erfaßbaren Einflüsse“. Aus diesem Grunde geht er auch in den ersten Kapiteln näher auf diese Theorie und die bisherigen Versuche zu ihrer Anwendung ein, unter Bezugnahme auf die Fassung, die die Theorie bei Bertil Ohlin (1933) gefunden hat. Um in die „Dunkelheit der Empirie“ (S. 6) vorzustoßen, beschränkt sich Duesberg absichtlich auf den Handel in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und deren Industriezweige, wobei er nach allgemeinen Feststellungen dann das Untersuchungsgebiet auf *einen* Industriezweig, nämlich die elektrotechnische Industrie, verengt. Auch hierbei haben sich, wie bei ähnlichen Untersuchungen wirtschaftlicher Probleme, gewisse statistische Probleme ergeben, auf die der Verf. dann wenigstens kurz eingegangen ist. In dem zweiten Teil wird vor allem dem Einfluß von Forschung und Vertrieb, von Betriebs- und Unternehmensgröße und von Nachfragestrukturen nachgegangen, wobei es sich besonders darum handelt, die Zusammenhänge zu klären, die nicht von der Faktor-Proportionen-Theorie erfaßbar sind. Bezüglich der Forschungsanstrengungen in den nationalen Industrien stellt Duesberg ausdrücklich fest, daß hierbei „nicht nur die Kapitalausstattungen der Länder, sondern auch die Größe der Unternehmen in den einzelnen Industriezweigen eine Rolle spielen“ (S. 101). Als Beispiel für den Einfluß, den die unterschiedliche Richtung bei Forschung und Entwicklung auf die Wettbewerbslagen ausübt“, führt er die Haushaltsgeräte im Vergleich Frankreichs mit der Bundesrepublik an (S. 112). Allerdings stellt der Verf. in diesem Zusammenhang fest, daß bestimmte Unterschiede zwischen den EWG-Ländern bezüglich Forschung und Vertrieb nicht durch die Faktor-Proportionen-Theorie geklärt werden konnten, daß sie somit „für die Erklärung des internationalen Handels“ sich als unzulänglich erwiesen habe (S. 114). Ähnliches gilt von der Erklärung der Wettbewerbslagen durch die Größenunterschiede, deren Einfluß ebenfalls nicht in die Faktor-Proportionen-Theorie eingebaut ist (S. 143). Duesberg gelangt also zu dem Ergebnis, daß „entscheidende Determinanten von der Faktor-Proportionen-Theorie nicht berücksichtigt werden“ (S. 159) und daß überhaupt „eine Theorie der komparativen Kosten ... zur Erklärung des Handels nicht ausreicht“ (ibid.), denn „die mechanistische Betrachtungsweise, die in einer ‚Theorie der komparativen Kosten‘ zum Ausdruck kommt, kann die Möglichkeiten und Chancen eines ‚dynamischen Unternehmers‘ ... nicht vollständig erfassen“ (S. 160). Zum Abschluß weist der Verf. nochmals ausdrücklich darauf hin, daß s. E. aus den Erfahrungen mit der Elektroindustrie durchaus auch Schlüsse auf die gesamte verarbeitende Industrie gezogen werden dürfen, „da die Elektroindustrie in

jeder Hinsicht einen typischen Industriezweig der verarbeitenden Industrie darstellt“ (S. 161). Aufs Ganze gesehen, wird man sicherlich der Auffassung des Verfassers zustimmen können.

Peter Quante, Kiel

Studien zur Aktivität des Ostblocks in den Entwicklungsländern.
(Schriftenreihe der Forschungsstelle der Friedrich-Ebert-Stiftung.)
Hannover 1963. Verlag für Literatur und Zeitgeschehen. 131 S.

Das Buch enthält eine Reihe von Aufsätzen, die von Fachwissenschaftlern geschrieben wurden. In einem kurzen Vorwort macht Erik Boettcher (Münster) auf die wirtschaftliche und politische Bedeutung der Entwicklungsländer aufmerksam und verlangt eine stärkere Mitarbeit des Westens.

In seinem Aufsatz „Entwicklungsländer in sowjetischer Sicht: einige ideologische Voraussetzungen“ weist Wolfgang H. Kraus (Washington, USA) auf die Elastizität des Marxismus-Leninismus hin: Während die sowjetischen Theoretiker die Einheit von Theorie und Praxis predigen, paßt sich die Sowjetregierung an die realen Begebenheiten an, indem sie die nationalen Bewegungen in den neu entstandenen afrikanischen Staaten unterstützt.

Über die Flexibilität der sowjetischen Politik äußert sich auch Walter Z. Laqueur (London) in der Abhandlung „Die Sowjetunion in Afrika“. Man kann den Afro-Kommunismus nicht mit dem sowjetischen, chinesischen oder westeuropäischen Kommunismus gleichsetzen.

Pierre Alexandre (Paris) behandelt den „Marxismus in Afrika“ und unterstreicht das Fehlen einer kulturellen, sozialen und religiösen Homogenität in den neuen Negerstaaten.

Dem chinesischen Einfluß in Afrika ist der Beitrag von Kurt E. London (Washington, USA) gewidmet. Peking mißtraut den nationalbürgerlichen Regierungen des schwarzen Kontinents und steht im heftigen Wettbewerb mit Moskau um die Gunst der Afrikaner. Da die Sowjetunion eine viel größere Wirtschaftshilfe zu gewähren vermag, versuchen es die Chinesen als „Nichtweiße“ mit revolutionären Parolen gegen die „weißen“ Imperialisten.

Dasselbe Thema beschäftigt Franz Michael (Washington, USA). Er untersucht Afrika als Objekt der kommunistischen Politik, schildert den sowjetisch-chinesischen Machtkampf und meint, die Anziehungskraft der kommunistischen Propaganda könne mit fortschreitender Reife der nationalen Strömungen nachlassen.

Über den „kommunistischen Polyzentrismus und Afrika“ spricht William E. Griffith (Massachusetts, USA). Er vertritt die Ansicht, eine Kooperation zwischen dem internationalen Kommunismus und dem afrikanischen Nationalismus sei sehr schwierig.

Anderson Shih (Hongkong) berichtet über die „Außenpolitik Chinas in Asien“ und unterstreicht u. a. die Rolle der Auslandschinesen, die oftmals — meistens aus emotionalen Gründen — mit Rotchina sympathisieren.

Den Kommunismus in Lateinamerika beleuchtet Robert J. Alexander (New Brunswick, USA) und betont den viel größeren Einfluß Moskaus im Vergleich zu Peking. Trotz verschiedener ostentativer Aktionen wie Streiks, Attentate und Rebellionen konnten die sich befehdenden extremistischen Gruppen (mit Ausnahme Kubas) keine Umwälzung herbeiführen und die Regierungsgewalt übernehmen.

Das Buch bringt einen nützlichen Beitrag zum Verständnis der kommunistischen Aktivität und ihrer Problematik in den Entwicklungsländern. Jedoch ist der Titel irreführend, denn es handelt sich nicht um die Aktivität des Ostblocks, sondern um die der Sowjetunion und Chinas. Auch die Stoffgliederung ist ungleich: Während fünf Aufsätze Afrika analysieren, müssen sich Asien und Lateinamerika mit je einer Abhandlung begnügen. Über den Einfluß des Kommunismus in Indien und Pakistan verlautet so gut wie nichts.

Raphael Peter Rochlin, Berlin

John Pincus: Economic Aid and International Cost Sharing. Baltimore 1965. The Johns Hopkins Press. 221 S.

Wieviel Wirtschaftshilfe wird gebraucht? Wieviel wirkliche Hilfe wird gegeben? Wie sollen die Kosten der Hilfe zwischen Geberländern verteilt werden? Soll Hilfe durch den Handel gegeben werden? Dieses sind die Hauptfragen, mit denen sich das Buch befaßt.

Wieviel Hilfe wird gebraucht? In den Anfangskapiteln behandelt der Autor kurz die Literatur und die Argumente der Kalkulation der sogenannten „Hilfelücke“ („gap“). Es ist zweifelhaft, ob viel Gewicht gelegt werden darf auf die Schätzung der Hilfebedürftigkeit. Selbst wenn die Relationen von Sparen, Investitionen und Einfuhr zum Volkseinkommen und der Kapitalkoeffizient eine gültige Basis für derartige Schätzungen wären, wäre zu beachten, daß Erträge aus der Ausfuhr nicht einfach als Kapitalzufluß angesehen werden dürfen. Ein Zuwachs an Hilfe ist einfach ein Zuwachs an Devisen. Aber ein Zuwachs von Ausfuhrverdiensten erhöht das Nationaleinkommen und damit die Einfuhrbedürfnisse und zerstört damit die Grundlage, auf der die Lücke berechnet wurde.

Wieviel wirkliche Hilfe wird gegeben? Pincus ist ein Pionier in der Messung des reinen Hilfselements in der Hilfe, und seine Arbeit hat viele Fragen geklärt. Der übliche Mischmasch, in dem weiche und harte, kurz-, mittel- und langfristige Anleihen, zahlbar in konvertibler und in lokaler Währung, zusammengeworfen werden mit Geld- und Warengaben, die mit künstlich unterstützten Preisen bewertet werden, verdunkelt den wahren Beitrag der Hilfe und die Art, in der ihre Kosten verteilt werden. Da ja Anleihen auf kommerzieller Basis nicht als „Hilfe“ betrachtet werden dürfen (wenigstens nicht vom Standpunkt des Geberlandes), ist der vorgeschlagene Maßstab der nominale Geldwert der Anleihen minus des diskontierten gegenwertigen Wertes der Rückzahlungen, diskontiert zu einem Zinsfuß, der die alternativen Nutzen des langfristigen öffentlichen Kapitals reflektiert. Damit werden alle Anleihen auf ihren Wert als Gaben redu-

ziert und so vergleichbar gemacht. Je länger die Anleihe läuft, je niedriger der Zinsfuß ist und je später die Rückzahlung beginnt, desto größer wird das so errechnete Hilfselement.

Ein Mangel des Pincus-Kalküls ist, daß es die Leihbedingungen ernst nimmt. Viel schwieriger als die richtige Diskontrate zu bestimmen, ist die Schätzung der wahrscheinlichen Rückzahlungen. Wenn Neufinanzierung alter Schulden als Hilfe betrachtet wird — wie es ja doch der Fall ist —, dann wird ein Großteil der künftigen Hilfe sich als eine Papiertransaktion herausstellen.

Interessant ist der Versuch, die amerikanische Getreidehilfe gemäß dem Public Law 480 zu bewerten. Im Extrem wird diese Hilfe zu amerikanischen Stützungspreisen bewertet, die zwei- oder dreimal so hoch sind wie die Weltmarktpreise. Aber selbst Weltmarktpreise sind kein richtiger Wertmaßstab, denn diese Preise würden fallen, wenn die Überschüsse verkauft würden. Andererseits könnte man argumentieren, daß die Wirtschaftsmittel, die dazu gebraucht werden, um Getreide zu erzeugen, sonst nicht gebraucht werden würden, oder, wenn sie gebraucht würden, um Überschüsse zu erzeugen, daß diese Überschüsse entweder gelagert oder zerstört werden würden. Die sozialen Kosten der Überschußerzeugung wären dann Null oder sogar negativ, wenn Lagerkosten erspart werden oder politische Vorteile in Agrikulturststaaten oder strategische Vorteile gewonnen werden. Pincus bewertet die PL-480-Hilfe zu den Weltmarktpreisen, die entstehen würden, wenn die Überschüsse verkauft würden. Von PL-480-Anleihen, zurückzahlbar in lokaler Währung, rechnet er 20 % als Anleihe und 80 % als Geschenk. Diese Kalkulationen werden dann an Interesse gewinnen, wenn Nahrungshilfe wichtiger wird und die Frage der Lastenverteilung zwischen reichen Getreideeinfuhr- und Getreideausfuhrstaaten beantwortet werden muß.

Wie sollen die Kosten verteilt werden? Pincus setzt sich für das Bruttosozialprodukt als Grundlage der Lastenverteilung ein, und zwar soll der Prozentsatz vom Sozialprodukt, der als Hilfe beige-steuert wird, mit wachsendem Einkommen pro Kopf steigen.

Soll Hilfe durch den Handel gegeben werden? Die letzten Kapitel sind der Diskussion der Handelspolitik gewidmet. Wenn die Preise der Rohstoffe, die von den Entwicklungsländern gekauft werden, erhöht werden, könnten vielleicht manche der Hemmnisse gegen Hilfe, die im Budget und in der öffentlichen Meinung der reichen Länder liegen, überwunden werden. Gegen diese politischen Vorteile, vom Hilfsstandpunkt, muß man den Nachteil setzen, daß solche Methoden die Kontrolle der Hilfsanwendung reduzieren und es schwerer oder unmöglich machen, darauf zu bestehen, daß die Hilfe zu den richtigen Ländern und den richtigen Gruppen innerhalb dieser Länder, die guten Gebrauch davon machen, fließt. Wenn aber solche Kontrollen in die Preisunterstützungsprojekte eingebaut werden, dann nähern sie sich wieder den reineren Formen der Hilfe und laufen damit in das Budgethindernis oder den Widerstand der öffentlichen Meinung herein. Pincus erwägt die Argumente für und gegen Roh-

stoffunterstützungsprojekte und versucht, ihren Wert abzuschätzen. Projekte für Kaffee, Kakao, Tee, Zucker und Bananen würden im Jahre 1971 nur 900 Mill. Dollar mehr ergeben, als die Produzenten sonst an der Ausfuhr verdienen würden.

Paul Streeten, Brighthon (Sussex)

Eberhard Rhein; A. Ghanie Ghaussy: Die wirtschaftliche Entwicklung Afghanistans 1880—1965. Opladen 1966. C. W. Leske. 208 S.

Afghanistan gehört zu den Ländern, die sich noch im Anfangsstadium der wirtschaftlichen Entwicklung befinden. Charakteristisch für dieses lange von der Weltwirtschaft abgeschlossene und sehr verkehrungünstig gelegene Land sind: das Vorherrschen der Agrarwirtschaft (bäuerlich-nomadische Gesellschaft), die geringe erwerbswirtschaftliche Gesinnung, fehlende unternehmerische Elite (keine Impulse zur wirtschaftlichen Aktivität), mangelnde Erwerbschancen, geringe Arbeitsteilung, ungenügende Schul- und Berufsbildung, niedriges Pro-Kopf-Einkommen u. ä.

Wirtschaft und Gesellschaft Afghanistans sind noch wenig erforscht, die Wirtschaftsstatistik ist unzureichend. Bis heute gibt es beispielsweise keine zuverlässigen Daten über Größe, Struktur und Wachstum der Bevölkerung. Ebenso fehlte eine Gesamtdarstellung der wirtschaftlichen Entwicklung Afghanistans. Diese Lücke wird durch die vorliegende Untersuchung, welche einen Überblick über die Entwicklung und den heutigen Stand der afghanischen Wirtschaft gibt, geschlossen.

Rhein, der mehrere Jahre in Afghanistan lebte, zeigt zunächst die Entwicklungspolitik der letzten 80 Jahre, wobei er besonders auf die seit 1953 praktizierte „gelenkte Wirtschaft“ und auf die Probleme und Ergebnisse der bisherigen Fünfjahrespläne (1956/61 und 1962/67) eingeht. Das Ziel dieser Investitionsprogramme, bei deren Erstellung amerikanische, russische und deutsche Berater mitwirkten, war der Ausbau der Infrastruktur des Landes — insbesondere des Verkehrswesens und der Energieversorgung —, die Durchführung von zahlreichen industriellen Investitionsvorhaben und die Förderung des Erziehungswesens und der Landwirtschaft, welche der wichtigste Sektor der afghanischen Volkswirtschaft ist.

Es folgt ein Überblick über die Landwirtschaft und die staatliche Agrarpolitik, deren Hauptanliegen die Landgewinnung (Staudämme, Bewässerungssysteme) war. Die Ausführungen über die Industrialisierung zeigen, daß sie noch in den allerersten Anfängen steckt. Bei den staatlichen Maßnahmen handelt es sich hier einmal um Impulse, durch welche eine Steigerung der erwerbswirtschaftlichen und industriellen Aktivität, insbesondere durch die Heranbildung von Unternehmertypen, erreicht werden soll. Daneben wird durch die Erschließung von Eisenerz-, Steinkohlen-, Erdöl- und insbesondere von Erdgasvorkommen ein Grundstock für eine weiterreichende Industrialisierung gelegt. Auch die Beschreibungen der Organisation des Verkehrswesens

und des Verkehrssystems, dessen Ausbau in einem etwa 2,5mal so großen Land wie die Bundesrepublik besondere Bedeutung zukommt, zeigen detaillierte Kenntnisse der afghanischen Gegebenheiten.

Hemmnisfaktor der Industrialisierung sieht der Verfasser weniger in dem Kapitalmangel, dem Mangel an Rohstoffen, der ungenügenden Energieversorgung, der ungünstigen geographischen Lage oder dem teilweise unzureichenden Zustand des Verkehrsnetzes als vielmehr in der Enge des Inlandmarktes und dem Fehlen einer Schicht von Unternehmern, kaufmännischen, technischen Führungskräften und Facharbeitern. Die staatliche Industriepolitik versucht nun, durch Ausbau der Infrastruktur, Errichtung von staatlichen Industriebetrieben, Schutz vor ausländischer Konkurrenz (hohe Einfuhrzölle, teilweise Einfuhrverbote), Bereitstellung von Krediten und Devisen zu Vorzugskursen, Steuervergünstigungen u. ä. die Industrialisierung voranzutreiben. Ob die erwähnte staatliche Rahmenplanung allerdings langfristig dazu beiträgt, daß Unternehmer „scharenweise auftreten“, ist — abgesehen von den einmaligen Impulsen der ausländischen Entwicklungshilfe — zu bezweifeln. Möglicherweise wird, sofern die Planung zu weit geht und eine dirigistische Wirtschaftspolitik überhand nimmt, dadurch eher die privatwirtschaftliche Tätigkeit abnehmen. Nach Ansicht des Verfassers wäre insbesondere eine Industrie-Entwicklungsbank, welche auch Investitionsmöglichkeiten untersucht, geeignet, die Industrialisierung voranzutreiben.

Der Überblick über den Außenhandel und die Wechselkurspolitik ist ebenfalls sehr aufschlußreich. So wird beispielsweise gezeigt, daß durch die Ablieferungspflicht eines Teils des Devisenerlöses und durch den gespaltenen Wechselkurs, der auf Grund der inländischen Preissteigerungen mehrmals abgewertet werden mußte, der Staat „billige“ Devisen erhält (eine Art Staatseinnahmen) und die Exporttätigkeit durch diese Wechselkurspolitik teilweise gehemmt wurde. Kritisch ist zu der Beurteilung der Außenhandelsituation, des „Defizits in der Handelsbilanz“, anzumerken, daß die Einfuhren auf Grund ausländischer Entwicklungshilfe und die entsprechenden Gegenposten in der Kapitalverkehrsbilanz gesondert und nicht zusammen mit dem kommerziellen Außenhandel betrachtet werden sollten.

In weiteren Kapiteln zeigt der Verfasser das Bankwesen, die staatliche Geld- und Kreditpolitik, den Staatshaushalt, das Steuersystem sowie Ausmaß und Herkunft der ausländischen Entwicklungshilfe. Bei letzterer weist er darauf hin, daß die Entwicklungsausgaben, die über 60 % der Staatsausgaben ausmachen, zu knapp 70 % durch ausländische Kredite und Schenkungen (von 1949—1964 rund 500 Mill. Dollar), der Rest durch Budgeteinnahmen, privates Kapital und durch Zentralbank-Kredite finanziert werden. Zum Schluß gibt *Ghaussy* einen guten Überblick über das Erziehungswesen.

Insgesamt ist es den Verfassern gelungen, ein anschauliches Bild von der wirtschaftlichen Entwicklung Afghanistans zu vermitteln. Von

besonderem Interesse sind hierbei die Hinweise auf Schwierigkeiten, die sich bei der Entwicklung ergaben, und die wohlabgewogenen Ratsschläge für die künftige Entwicklungspolitik. Hanjo Lell, z. Z. Kabul

Miklòs Gaal: Die Neue Ökonomische Politik in Rußland und die deutsche Währungs- und Wirtschaftsreform. Würdigung und Vergleich. Winterthur 1965. Hans Schellenberg. 221 S.

Im ersten Teil seines Buches gibt der Verfasser eine gut zusammengefaßte Übersicht über die Entstehung der NEP in der Sowjetunion. Die treibenden gesellschaftlichen und ökonomischen Kräfte, die für den Entschluß Lenins damals maßgebend waren, werden deutlich herausgehoben. Das gleiche gilt für den zweiten Teil, welcher der Kriegswirtschaftspolitik des Nationalsozialismus und der Entwicklung der sozialen Marktwirtschaft nach 1948 in Deutschland gewidmet ist. Trotz der verschiedenen Wirtschaftssysteme zeigt die Wirtschaftsgeschichte, wie eine planwirtschaftliche Zentralverwaltungswirtschaft auch in einer nicht marxistisch orientierten Volkswirtschaft möglich ist, weil einfach, wie übrigens schon 1914—1918, der Krieg und seine Folgen von 1939—1948 dazu zwang. Das aber bedeutet die Ausschaltung des Marktes und des Preises als Mittel, die Volkswirtschaft zu steuern. Das war in der Sowjetunion nach der Machtübernahme durch die Kommunisten auf Grund ihrer ideologischen Einstellung erfolgt. Davon mußte abgewichen werden, weil die Versorgung der breiten Massen und deren Wille es verlangte. Dasselbe war in Deutschland, d. h. in der Bundesrepublik, nach 1948 der Fall. Eine besondere wissenschaftliche Bedeutung aber haben diese Erkenntnisse nicht.

Wilhelm Moritz Frhr. v. Bissing, Berlin

Herbert Timm und Horst Jecht (Hrsg.): Kommunale Finanzen und Finanzausgleich. (Schriften des Vereins für Socialpolitik, NF Bd. 32.) Berlin 1964. Duncker & Humblot. 300 S.

Der vorliegende Band erschien zwei Jahre vor dem „Gutachten über die Finanzreform in der BRD“, dem sog. Troeger-Gutachten. Betrachtet man die beiden Veröffentlichungen im Zusammenhang, so könnten sie Ausdruck einer idealen Form der Arbeitsteilung sein, innerhalb deren der Finanzwissenschaftliche Ausschuß des Vereins für Socialpolitik die wissenschaftlichen Grundlagen zu erarbeiten hätte, auf die sich die Gutachter dann in dem kommunalpolitisch bedeutsamen Teil ihrer Empfehlungen stützen könnten. Einer solchen Vorstellung würden eine Reihe von Aufsätzen in diesem Band entsprechen, insbesondere soweit sie sich auf die Reform der Gemeindesteuern beziehen. Ein etwas anderer Ansatz ist, wahrscheinlich in voller Absicht, vor allem in den Beiträgen von Herbert Timm, Konrad Littmann und Willi Albers gewählt worden.

Diese Arbeiten sind fast ausschließlich modelltheoretischer Natur. Timm und Littmann beschäftigen sich sowohl mit den Einnahmen als auch mit den Ausgaben der Kommunen, während Albers sich aus-

schließlich den Finanzzuweisungen widmet. *Timm* zeigt, welche unterschiedlichen Konsequenzen sich für das Ziel der „langfristigen Maximierung des Wohlstandes aller Gemeindemitglieder“ (S. 12) ergeben, wenn man innerhalb eines Trennsystems den Gemeinden unterschiedliche Grade von finanzpolitischer Autonomie beläßt. Dabei wird den Standorteinflüssen der Ausgabenpolitik, verglichen mit den Effekten der Steuersatzpolitik, nur wenig Bedeutung beigemessen (S. 36 f., 51 f.). Wieweit diese Prämisse bzw. dieses Ergebnis der Ableitung jedoch annehmbar ist, erscheint ein wenig unsicher angesichts der wachsenden Bedeutung, die z. B. die amerikanische Regionaltheorie und -politik den sog. amenities zumißt, den „Annehmlichkeiten“ einer Gemeinde, die von den eigentlichen Infrastrukturleistungen bis zur „großstädtischen Atmosphäre“ reichen. *Littmann* gibt der Erörterung der Ausgabenpolitik demgegenüber größeren Raum (z. B. S. 84 ff.); was den „für die Ableitungen konstitutive(n) U-förmige(n) Verlauf der K*-Funktion“ (S. 112) angeht, „die den nur theoretisch erkennbaren Zusammenhang zwischen Agglomeration und Kosten ausdrückt“ (S. 70), würde sicherlich auch der Verfasser zustimmen, daß dieser Verlauf wahrscheinlich nicht ohne weiteres für alle Fälle unterstellt werden kann. Vielleicht wäre es für die weitere Diskussion nützlich, eine solche ex-post-Beziehung einmal selbst zum Gegenstand von Untersuchungen zu machen und deren Ergebnisse dann als Prämissen für weitergehende Überlegungen zu verwenden. Dem Rezensenten stellte sich hierbei die Frage, ob der Bestand an gesicherten Prämissen nicht erst noch vergrößert werden sollte, um dann um so ergiebigere Deduktionen erhoffen zu können. Macht man sich das Anliegen einer Reform des Finanzausgleichs und der Kommunalfinanzen zu eigen, so vermitteln die deduktiven Arbeiten in diesem Band weniger unmittelbar brauchbare Erkenntnisse, zumal die Verwendbarkeit durch den durchgängigen Gebrauch der ceteris-paribus-Klausel von vornherein eingeschränkt ist.

Unter diesem Aspekt der Verwendbarkeit für die Finanzpolitik sind die Arbeiten von Norbert *Kloten* und Gerhard *Zeitel* über das kommunale Steuersystem sicherlich ergiebiger. Hier werden die bestehenden Wertvorstellungen und Ausgangsdaten selbst weit stärker diskutiert, die andernorts, z. B. im Beitrag von *Albers*, unter den Prämissen behandelt werden. Als unmittelbar für eine Finanzreform verwertbare Ansätze eignen sich natürlich am ehesten spezielle Studien, wie die mit viel Zahlenmaterial unterbauten Arbeiten von Alois *Oberhauser* über die Einzelhandelsumsatzsteuer, von Erwin *Hielscher* über die Finanzzuweisungen, oder auch in dieser Hinsicht der Beitrag von *Zeitel*, während der zweite Aufsatz von *Oberhauser* über die Wertschöpfungssteuer immerhin durch seinen begrenzten Anknüpfungspunkt zu konkreten Aussagen kommt. Wenn etwa *Zeitel* seinen Vorschlag einer Einzelhandelssteuer für die Gemeinden innerhalb des derzeitigen Gemeindesteuersystems begründet und *Oberhauser* dasselbe für eine kommunale „Wertschöpfungssteuer“ versucht, so bewegt sich die Diskussion auf einer überschaubaren Ebene, auf der

Argumente noch wirklich an Hand empirischen Materials überprüft werden können. Das ist bei raumwirtschaftlichen Optima, wie sie *Littmann* behandelt, kaum noch möglich, so daß lediglich methodische Kritik übrigbleibt.

Die alte Frage nach der Brauchbarkeit der Modelltheorie in der Wirtschafts- und damit auch der Finanzwissenschaft kann hiermit weder beantwortet, noch soll sie überhaupt grundsätzlich gestellt und erst recht nicht vollkommen verneint werden; für die Entwicklung neuer Fragestellungen, z. B., ist die Deduktion sicherlich eine geeignete Methode. Allerdings besteht in einer Zeit umfangreicher Reformbemühungen auf diesem Gebiet das Problem, daß offenbar ein dringender Bedarf für Theorien mit mittlerer Reichweite und empirischem Gehalt vorliegt, zu dessen Deckung nur einige der hier vereinigten Beiträge, und leider nicht einmal die umfangreichsten, beitragen können.

Horst Zimmermann, Köln

Klaus Schierloh: Fiscal Policy in Großbritannien. (Volkswirtschaftl. Schriften, Heft 76.) Berlin 1964. Duncker & Humblot. 227 S.

Die Entwicklung der Finanzpolitik seit dem Zweiten Weltkrieg in Großbritannien darzustellen und zu würdigen, ist aus zwei Gründen verdienstlich. Zum ersten darf Großbritannien als eigentliches Ursprungsland der konjunkturpolitisch orientierten Finanzpolitik bezeichnet werden. Zum zweiten war es gerade dieses Land, das, obgleich zu den Siegern des Zweiten Weltkriegs zählend, unter dem Einfluß der direkten und indirekten Kriegsfolgen seine innere und äußere finanzielle Stabilität eingebüßt hat. Schierloh erinnert daran, daß in der von seiner Untersuchung erfaßten Zeit von 1945—1960 das britische Preisniveau um nicht weniger als 75 % anstieg, „während gleichzeitig der Außenwert des Pfund Sterling einer Kette von Erschütterungen unterworfen war, die mit fast periodischer Regelmäßigkeit in Zahlungsbilanzkrisen, Kursschwächen und 1949 in die viel beachtete Pfundabwertung ausmündeten“ (S. 13).

Der Kampf um die Wiedergewinnung der inneren und äußeren Stabilität war über alle Regierungswechsel hinweg stets irgendwie Kennzeichen der britischen Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit, aber er wurde „mit unterschiedlichem Eifer, heterogenen Methoden und sehr wechselhaftem Erfolg geführt“ (S. 13).

Schierloh belegt diese zutreffende Behauptung mit einer ausführlichen und wohlfundierten Darstellung dieses verhältnismäßig kurzen, aber höchst interessanten Abschnitts der Geschichte der modernen Wirtschafts- und Finanzpolitik. Er hebt an mit der Schilderung der fiskalischen Maßnahmen zur Finanzierung des Krieges und der Versuche zu ihrer Ausrichtung auf die volkswirtschaftlichen Gegebenheiten der Kriegszeit. Außer mit den marktkonformen Mitteln der Fiscal Policy operierte aber die britische Wirtschaftspolitik weitgehend mit direkten Kontroll- und Lenkungsmaßnahmen. Durch sie war „systematisch eine gestaute (latente) Inflation geschaffen worden, die es nun nach Kriegsende wieder zu beseitigen galt, ohne daß

es jedoch zu Depressionserscheinungen und Massenarbeitslosigkeit kommen sollte“ (S. 20).

Diese Aufgabe fiel zusammen mit der Notwendigkeit der Exportsteigerung zur Überwindung des Zahlungsbilanzdefizits, der Anreicherung der völlig unzulänglichen Devisenvorräte und der Verminderung der gefahrvoll angewachsenen äußeren Schuld. Vordringliches Erfordernis im Blick sowohl auf diese äußere als auch auf die innere Unstabilität war eine entschiedene Anstrengung zur Steigerung der Produktion. „Der enge Zusammenhang zwischen den äußeren und inneren monetären Schwierigkeiten wurde jedoch in Großbritannien zunächst von offizieller Seite nicht genügend klar erkannt“ (S. 26). Der Verfasser sieht zwei Gründe für dieses vorläufige Versagen, die auch in anderen Ländern wirksam waren. Der eine war der anhaltend starke Einfluß der in der wirtschaftlichen Depression der dreißiger Jahre gewonnenen wirtschaftswissenschaftlichen Erkenntnisse, aus denen man in völlig anderer Situation zunächst die richtigen Schlußfolgerungen nicht zu ziehen vermochte. Der zweite Grund lag in den „Forderungen nach einem Höchstmaß der Beschäftigung und möglichst weitgeführter sozialer und wirtschaftlicher Gleichheit“ (S. 27). Man muß wohl ergänzend als dritten Grund den Glauben an das Dogma von der alleinseligmachenden Verstaatlichung nennen.

Ernsthafte Anstrengungen zur Erzielung von Budgetüberschüssen und Rückfälle in die kriegswirtschaftliche Austerität gab es vor allem in der Ära Cripps. Ihnen hat schließlich die Abwertung des Jahres 1949 das Zeugnis des Ungenügens ausgestellt. Diese ihrerseits hat, wie man sich erinnert, die stabilisierende Wirkung gleichfalls nicht gebracht.

Mit dem Übergang der Regierungsmacht von Labour zu den Konservativen trat an die Stelle planwirtschaftlich orientierter Direkt Eingriffe eine Geldpolitik, welche die Finanzpolitik teils ergänzte, teils entlastete, „von deren Überdosierung vor allem auf dem Gebiet der Steuern... stark nachteilige Effekte auf die Arbeitsproduktivität und das private Sparen ausgegangen waren“ (S. 50). Das heißt nun keineswegs, daß etwa die Budgetpolitik als Lenkungsinstrument an Bedeutung eingebüßt hätte. Im Gegenteil setzt sich in dieser Ära, wie der Verfasser zeigt, „der tiefe Wandel der seit dem Zweiten Weltkrieg in Großbritannien bezüglich Bedeutung und Aufgabe der öffentlichen Finanzen eingetreten ist“ (S. 68), vollends durch. Dessen auffälligste Äußerung ist die alljährliche Budgetrede des Schatzkanzlers, die heute „regelmäßig zu rund zwei Dritteln aus Betrachtungen über die Zahlungs- und Handelsbilanz, den Stand der Beschäftigung, der Produktion, des inneren Geldwertes und anderer gesamtwirtschaftlicher Probleme“ (S. 71) besteht. Mehrere günstige Umstände, wie die überragende Stellung des Staatshaushalts im Vergleich zu den Budgets der kommunalen Behörden, die wirtschaftspolitische Schlüsselstellung der Treasury, die hohe Beweglichkeit in der Gestaltung der Steuersätze und die kurze Beratungsdauer des Parlaments fördern ohne Zweifel in geradezu unvergleichlicher Weise die Leistungsfähig-

keit der konjunkturpolitischen Instrumente der britischen Finanzpolitik. Dennoch haben sie selbst hier und auch zur Zeit der konservativen Herrschaft den erwünschten Grad der inneren und äußeren Stabilität nicht zu erreichen vermocht.

Es gibt in bezug auf die klare Darstellung Schierlohs Wesentliches weder auszusetzen noch beizufügen. Zu ergänzen ist höchstens, daß die soeben gemachte Feststellung auch noch für die Gegenwart gilt, wie die jüngsten Pfundkrisen eindrücklich dargetan haben. Wenn das englische Beispiel trotzdem alle Beachtung verdient, ist es, wie der Verfasser abschließend feststellt, „nicht als Musterbeispiel einer allseitig befriedigenden Stabilisierungspolitik“, sondern „weil dort in konsequenter Weise versucht wurde, die öffentlichen Finanzen in ihrer Gesamtheit als Instrument zur Beseitigung und Verhinderung der Inflation einzusetzen“ (S. 195).

Theo Keller, St. Gallen

Klaus-Dieter Schmidt, Ursula Schwarz, Gerhard Thiebach: Sozialhaushalt und Wirtschaftskreislauf in der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1960. Tübingen 1965. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 216 S.

Bei diesem Buch handelt es sich um den ersten Band einer von der Deutschen Forschungsgemeinschaft angeregten Untersuchung über „ökonomische und finanzpolitische Probleme der sozialen Umverteilung in der BRD“. Der zweite Band dieser vom Institut für angewandte Wirtschaftsforschung in Tübingen übernommenen Untersuchung ist unter dem Titel „Umverteilung des Volkseinkommens in der BRD 1955 und 1960“ erschienen.

In dem hier relevanten Band kann man drei Teile unterscheiden, wobei im ersten Teil im wesentlichen der Sozialhaushalt insgesamt und im zweiten die einzelnen Zweige der Sozialen Sicherung behandelt werden, während der Anhang als dritter und vielleicht gewichtigster Teil die Konten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung mit verhältnismäßig umfangreichen Anmerkungen enthält.

Die Gesamtdarstellung des Sozialhaushalts umfaßt neben einem kürzeren Abschnitt über die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, in dem die hier gewählte Aufgliederung nach Sektoren und Konten dargelegt und begründet wird, im wesentlichen Ausführungen über den Kreis der Sozialleistungsempfänger sowie über die Aufwendungen, die Verwaltungskosten und die Vermögensreserven des Sozialhaushalts. Hier findet sich auch eine übersichtliche Darstellung der vielfachen Transferzahlungen innerhalb des Sozialhaushalts, von deren Existenz allerdings nicht ohne weiteres auf eine Schwäche des Systems geschlossen werden kann; die diesen Teil abschließenden Bemerkungen zur Frage der Deckungsverfahren können auf so engem Raum dem Problem nicht ganz gerecht werden.

Im folgenden Teil werden die einzelnen Zweige der Sozialen Sicherung dargestellt, wobei der Rentenversicherung als ihrem bedeutendsten Bestandteil größere Aufmerksamkeit gewidmet wird. Hier findet sich auch eine Schätzung des Mitgliederbestandes der Renten-

versicherung (es existiert keine Mitgliederstatistik!) und eine Aufschlüsselung der Zwergrenten. Es ergeben sich in diesem Teil allerdings infolge der räumlichen Beschränkung kaum zu vermeidende Verkürzungen. So gibt es z. B. von der auf S. 77 skizzierten Arbeitslosenversicherungspflicht (alle Arbeiter und alle Angestellten bis zu einem Jahreseinkommen von 15 000 DM) eine ganze Reihe von Ausnahmen, die 1960 etwa 1,6 Mill. Arbeitnehmer betroffen haben dürften, und die auf S. 50 angegebene Rentenformel gilt nicht für die Berechnung aller Invaliditätsrenten, da der Steigerungssatz für Berufsunfähigkeitsrenten — von den abweichenden Regelungen der KnV einmal abgesehen — nicht wie bei Renten wegen Alter und Erwerbsunfähigkeit 1,5, sondern nur 1 beträgt. Jedoch kann man solche Einzelheiten leicht anderweitig nachschlagen, und vielleicht hätte man deshalb hier im Programm etwas selektiver sein können.

Der Anhang enthält das eigentliche Kontensystem der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, wobei der Sozialhaushalt aus dem Staatssektor ausgegliedert und als eigener Sektor konstituiert worden ist. Insgesamt handelt es sich um ein Viersektorensystem mit jeweils sechs Konten. Ergänzt wird dieses stark aggregierte System durch 18 mit den übrigen Konten abgestimmte, aber nicht voll integrierte Zusatztabellen, die den Sozialhaushalt institutionell nach seinen Leistungsträgern aufliedern. Diese Unterkonten tragen zusammen mit den umfangreichen Anmerkungen dazu bei, den Anhang zu einem Schwerpunkt der Arbeit zu machen.

Ungeachtet eventueller Vorbehalte im einzelnen handelt es sich hier — angesichts der unbefriedigenden Situation auf dem Gebiet der Einkommensverteilungsstatistik — um einen wichtigen und mutigen Schritt auf dem Wege zur quantitativen Erfassung der Umverteilungsvorgänge im Rahmen eines in sich abgestimmten Systems, den man als eine nicht unwesentliche Ergänzung der Bemühungen um eine Sozialenquête bezeichnen kann.

Hubertus Müller-Groeling, Saarbrücken

Johann Plenge, Hanns Linhardt: Das System der Verkehrswirtschaft. Tübingen 1964. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). VIII/87 S.

Es ist sicher ungewöhnlich, daß ein Verlag sechzig Jahre nach der Habilitation eines Wirtschaftswissenschaftlers dessen Antrittsvorlesung als Neudruck herausbringt. Bei J. C. B. Mohr in Tübingen ist jetzt Johann Plenges „System der Verkehrswirtschaft“ mit einem Vorwort und einer Interpretation von Hanns Linhardt erschienen.

Johann Plenge ist im Jahre 1903 mit der anspruchsvollen Absicht, ein „System der Verkehrswirtschaft“ zu entwerfen, auf den Widerstand der herrschenden Lehre gestoßen. Es war sein Programm für das vor ihm liegende Forscherleben und ein Appell an die zeitgenössische Wirtschaftswissenschaft zur Mitarbeit. Es mußte als kühn gelten, daß der neunundzwanzigjährige angehende Gelehrte eine bis dahin nicht übliche neue Betrachtung des Phänomens Wirtschaft vorschlug.

Aus der Vereinigung von Ideen in Karl Büchers „Entstehung der Volkswirtschaft“ und Heinrich Dietzels „Sozialökonomik“ und in entschiedener Ablehnung der Werke von Schmoller und Sombart versuchte er, ein neues System zu schaffen. Plenge interessierte sich mehr für das Funktionieren als für die Existenz der Bücherschen Wirtschaftsstufen; bei der Betrachtung der dritten Stufe, der verkehrswirtschaftlichen Warenproduktion, mußte sich daraus ein System der Verkehrswirtschaft ergeben. Dieses System war darzustellen. An die Stelle von J. B. Says Vorstellung eines gleichmäßig dahinfließenden Wirtschaftsprozesses von Produktion, Zirkulation, Distribution und Konsumtion setzt er in seinem System einen sechsgliedrigen „Hauptverlauf der Warenströmung“ durch die Einbeziehung der „Bedarfsberechnung“ und der „Organisation der Verwertungselemente“, dem „eine Übersicht über den Wirtschaftsprozess, über die gesellschaftlichen Begleitzustände und über den Geist der Zeit“, über „Technik, Recht und Nachrichtenwesen“ und über die „wirtschaftlichen Elementarphänomene“ („Wirtschaftsmensch“, „Gruppierungsformen“, „Lehre vom Preis“) vorangestellt wird. Dazu kommt die Betrachtung der „Zuflüsse der Warenströmung“, der „Seitenströmungen der Verwertungselemente“, der „Gegenströmung des Geldes“, der „Phänomene höherer Art“ (Raum, Zeit) und der „internationalen Wirtschaftszusammenhänge“. Da alle wirtschaftlichen Vorgänge durch „Unruhe“ charakterisiert sind, führt das Plengesche System schließlich zur „Lehre von den Krisen“. Den Abschluß bildet die Betrachtung der „Um- und Neubildung der Wirtschaftsformen“.

Die zahlreichen Anführungszeichen, die der Rezensent in dieser Besprechung verwendet, zeigen, wie fern uns heute der Begriffsapparat und das Denkschema der damaligen Plengesehen Arbeit sind. Wohl wurden manche seiner originären Ideen zu Selbstverständlichkeiten in der Wirtschaftswissenschaft, ohne daß die Urheberschaft bekannt ist und gewürdigt wird. Aber viele seiner Gedanken sind nicht fortgetragen worden. Neues ist hinzugekommen, das Plenge nicht gesehen hat. Auch bei dem erfolgreichen Bemühen, Verständigungsschwierigkeiten mit Hilfe der Linhardtschen Interpretation zu überwinden, bietet damit die Lektüre der Veröffentlichung heute keinen Ansatz für erfolgreiche Weiterarbeit und neue Erkenntnis. Da der Verlag durch den Neudruck die Schrift aber aus der Versenkung hervorgeholt hat, können die Leser der Gegenwart studieren, was zu Beginn dieses Jahrhunderts in der nationalökonomischen Wissenschaft revolutionär aussah.

Fritz Abb, Frankfurt